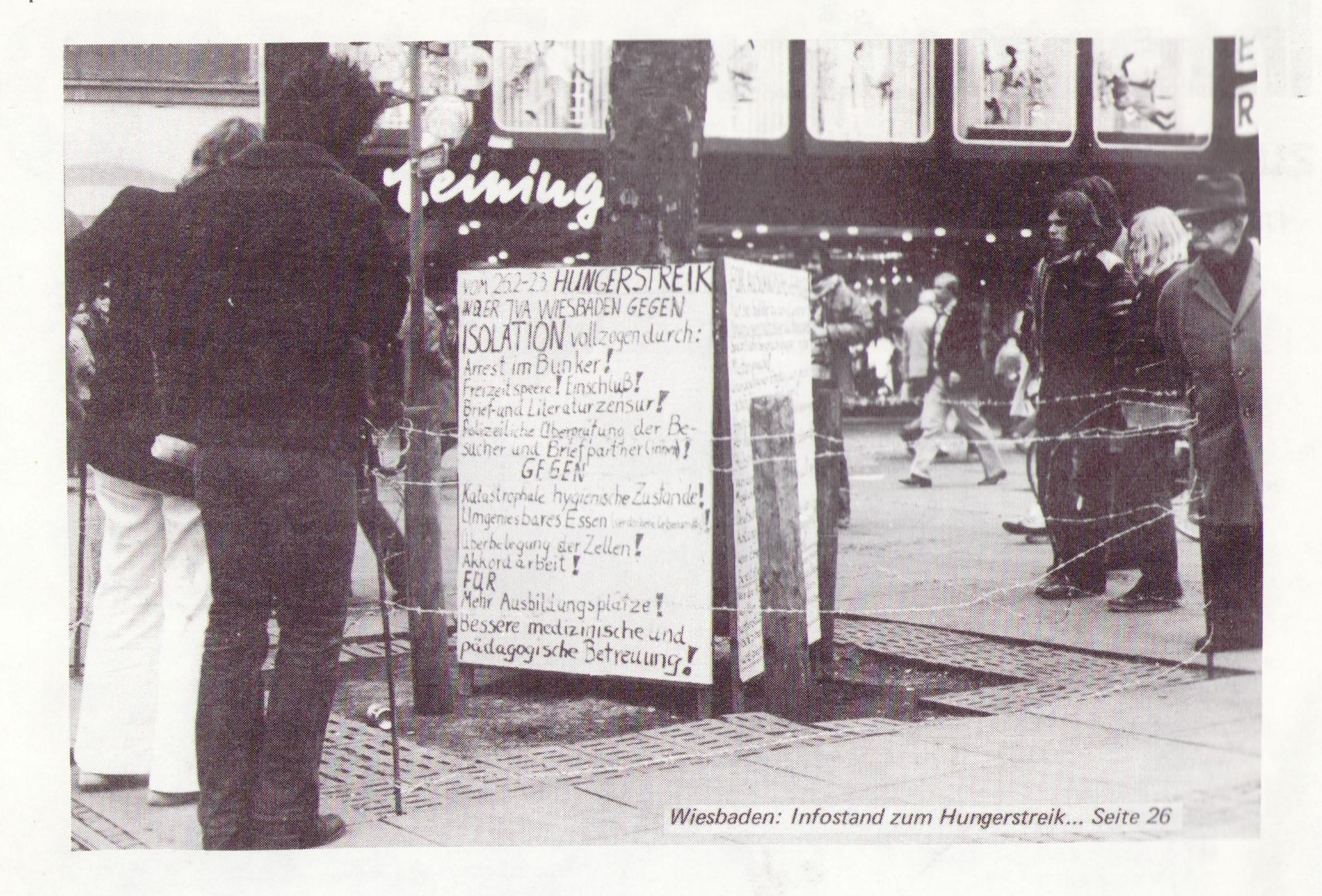
Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 325 14. März 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 C



HÄUSERKAMPF IN ALLEN GASSEN:
AMSTERDAM – FRANKFURT – MÜNCHEN



Wiesbaden: Infostand zum Hungerstreik... Seite 26

NATIONALE KNASTWOCHE

München
10. März

Vom 11.-18. April veranstaltet die Rote Hilfe in München eine Knastwoche.

Neben einem Frühlingsfest werden Diskussionen, Filme und vieles mehr veranstaltet.
Außerdem werden für eine Tombola und einen Flohmarkt fürs Frühlingsfest eine Menge Gegenstände (Bücher, Poster etc. gebraucht.

Die Postanschrift für die Sachspenden lautet: Peter Schult, Hauptpostlagernd, 8 München 2.

Für Geldspenden ist folgendes Konto eingerichtet worden: Postscheckkonto 284057-809 (Helmut Strobl, Sonderkonto) beim PSchAmt München.

Nähere Informationen bei:

Kollektiv Rote Hilfe, Nietzschestr. 7b, 8 München 40

Schwarze Hilfe in Gießen gegründet

Vor einiger Zeit haben einige Leute in Gießen eine „Schwarze Hilfe" gegründet.

Sie würden gerne Post erhalten von anderen Knastgruppen, Verteidigern — na ja, halt alles, was wichtig ist, um Gefangenenarbeit zu machen.

Kontakt: Schwarze Hilfe, c/o Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 63 Gießen

Bundestagswahl–Boykott

Heilbronn
10. März

Eine Gruppe von Menschen will in Heilbronn einen Boykott gegen die Bundestagswahl '80 organisieren.

Sie interessiert, was in anderen Dörfern und St dten darüber gedacht wird, und welche Aktionen geplant sind.

Kontakt: Harald Riegg, Kochendorfer Str.15, 7101 Oedheim

Weiterer Aufruf zum Wahlboykott

Wiesbaden, 12.3.80

Das Anarchistische Forum Wiesbaden plant für die bevorstehende Wahl-Saison Wahlboykott-Aktionen. Gruppen oder Personen, die ähnliches vorhaben und an einem Info-Austausch sowie an einer Zusammenarbeit interessiert sind, wenden sich an:

62 Wiesbaden, Postlagerkarte Nr. 062032 A.

Wer hat Lust eine Stadtzeitung zu machen ?

Rene aus Radevormwald sucht Menschen die Lust haben, eine Stadtzeitung (Radevormwald, Remscheid, und Umland) zu machen.

Kontakt: Andre Engstfeld, Herderstr. 12 5608 Radevormwald, Tel.: 02195/2993

Hamburger Amtsgericht stärkt Wohnungsmieter

Ein Hamburger Rechtsanwalt teilt mit:

Zunehmend versuchen Hamburger Wohnungsvermieter die Mieter daran zu hindern, Plakate, Aufkleber etc. (auch mit politischem Inhalt) in den Fenstern anzubringen. In dem entschiedenen Fall klagte der Vermieter auf Entfernung eines Gorleben-Plakates. Das Hamburger Amtsgericht entschied, daß es Sache des Mieters sei, das Innere der Mieträume nach seinen Vorstellungen auszugestalten. Dazu gehöre auch die Innenseite der Fenster. Das Recht des Vermieters auf Bestimmung des äußeren Erscheinungsbildes des Ausse

des des Hauses beschränke sich auf das Aussehen des Baukörpers als solchen. Eine Erstreckung auf die Ausgestaltung der Fenster bedeute, dem Mieter die geschmacklichen Vorstellungen des Hauseigentümers aufzunötigen.

Im entschiedenen und wohl auch in den meisten Fällen bedeutet dies, daß sich der Mieter auch den politischen Vorstellungen des Hauseigentümers nicht unterzuordnen braucht.

Das Amtsgericht entschied damit auch gegen ein Urteil des Landgerichts Hamburg aus dem Jahre 1979, indem dem Vermieter ausnahmsweise ein Recht an der Ausgestaltung der Innenfenster zuerkannt wurde.

HÄUSERKAMPF

FRANKFURT **MÜNCHEN** **AMSTERDAM**

FECHENHEIMERSTR. 4:

Frankfurt am Main, 12.3.80

Am Samstagmorgen, 8.März, besetzten ca. 50 Leute ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus in der Fechenheimer Str. (Nr. 4) im Frankfurter Stadtteil Bornheim. Parallel dazu bauten sie Info-Stände in der Frankfurter Innenstadt auf.

Um acht Uhr waren Besetzer und Freunde mit Möbeln, Werkzeug und Farbeimern eingezogen. Sie begannen sofort mit der Renovierung des Hauses. Durch die bunte Bemalung der Fassade sollte die Aufmerksamkeit der Nachbarn und Passanten erregt werden.

Eine halbe Stunde später tauchte der erste Streifenwagen auf, es folgten weitere und ein Einsatzwagen der Polizei. Einsatzleiter Vogel informierte die Besetzer über die ,,Rechtswidrigkeit" ihrer Aktion.

Um halb elf gab es dann ein Hin- und Hergeschubse, als die Polizei, zusammen mit Arbeitern, die den Strom abschalten sollten, ins Haus wollte. Schnell sammelte sich eine Menschentraube vor dem Hauseingang. Die Polizisten griffen zum Knüppel.

Von der Erbengemeinschaft, der das Haus gehört, war nur Ernst Stoltz (Melsunger Str. 8 in Frankfurt-Seckbach) zu erreichen. Die Polizei versuchte, ihn zu einer Strafanzeige gegen die Besetzer zu bewegen und machte ihn auf die Möglichkeit der Räumung aufmerksam. Der lehnte jedoch ab, darüber könne er als einzelner Erbe nicht entscheiden. Wegen der Zerstrittenheit der Erbengemeinschaft ist das Haus dann auch bisher noch nicht geräumt worden. Die Erben hatten das Haus zuletzt an Ausländer vermietet. Nach einem Wasserschaden wurde den Mietern gekündigt, das Haus gegenüber der Stadt als unbewohnbar deklariert. Angeblich aus Geldmangel verzichteten die Erben bisher auf eine Renovierung.

Zurück zu den Besetzern. Ihre Betroffenheit entstand durch ihre individuellen Erfahrungen mit dem Wohnen. Eine Räumung des Hauses würde für viele von ihnen bedeuten, daß sie auf der Straße sitzen. Einige sind von der Sanierungspolitik im Nordend betroffen (einem Stadtteil von Frankfurt, siehe Frankfurter Rundschau vom 12.3.), andere suchen schon ein halbes Jahr oder länger eine erträgliche Behausung und haben übelste Erfahrungen mit Vermietern hinter sich. Weil sie die Verstellungen und Selbstentwürdigungen gegenüber Vermietern endgültig leid hatten, beschlossen sie vor ca. 3 Wochen, sich nach einem geeigneten Haus umzusehen. Nachdem sie das Haus in der Fechenheimer Str. entdeckt hatten, erkundigten sie sich beim Grundbuchamt, wer der Besitzer sei.

Diesen Besitzer haben die Besetzer dann auch direkt angesprochen. Zwei von

ihnen gingen am 10.März zu Ernst Stolz, um mit ihm über einen Nutzungsvertrag zu sprechen. Der Vorschlag beinhaltete die Verpflichtung der Besetzer, das Haus zu renovieren und dafür eine gewisse Zeit mietfrei zu wohnen. Dem könnte dann eine Vereinbarung des Mietzinses folgen.

Zu einem Gespräch zwischen den Beteiligten kam es jedoch nicht, weil Stolz den Besetzern nur über die Gegensprechanlage begegnete und ihnen den Zutritt zu seinem Haus verwehrte. Von Panik erfaßt löschte er sämtliche Lichter in seiner Villa. Er war auch durch Klopfen an der Hintertür des Hauses nicht mehr zu einem Lebenszeichen zu bewegen.

Die Besetzer hinterließen ihm folgendes Schreiben:

Fechenheimer Str. 4
10.3.80

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir sind junge Leute im Alter von 18 - 25 Jahren, die in Ihr seit 1 1/2 Jahren leerstehendes Haus in der Fechenheimer Str. 4 eingezogen sind.

Unser Anwalt teilte uns mit, daß Sie noch nicht wissen, was mit diesem Haus geschieht.

Unser Vorschlag dazu ist, die Instandsetzung des Hauses zu übernehmen, womit wir bereits begonnen haben.

Wir haben z.B. Rohre und Leitungen installiert, Räume und Decke verputzt und tapeziert, Fenster und Wände gestrichen und Öfen eingesetzt. Auch werden wir demnächst die Fassade des Hauses dem Gesamtbild der Straße anpassen. Uns geht es darum, in dem Haus wohnen zu bleiben, da wir sonst alle wieder auf der Straße sitzen müssen.

Es ist wesentlich teurer, das Haus abreißen zu lassen und ein neues auf diesem Platz bauen zu lassen, als wenn wir es auf Selbstkosten sanieren und dadurch wieder Wohnraum geschaffen wird. Damit ist beiden Parteien geholfen.

Falls Sie Anzeige erstatten und es zu einer polizeilichen Räumung kommen sollte, wäre es nicht auszuschließen, daß durch den Einsatz der Polizei das Haus Schaden nimmt.

Wir wollen keine Gewalt anwenden und nicht provokativ wirken und doch haben wir Angst vor einer polizeilichen Räumung, da wir befürchten, daß Menschen verletzt werden, wenn auch nicht durch uns.

Wir appelieren an Ihr Gewissen und hoffen, daß wir zu einer friedlichen Einigung mit Ihnen kommen. Wir haben ein starkes Interesse mit Ihnen in Kontakt zu treten, um Nutzungsverträge oder ähnliches abzuschließen.

Im Auftrag

Die meisten Besetzer haben den Wunsch nach größeren Lebens- und Arbeitszusammenhängen, den sie durch gemeinsame Aktionen vor, während und nach der Besetzung herstellen wollen. Mit dem „alternativen Leben" in manchen linken Wohngemeinschaften haben sie nicht viel am Hut. Ihre Aktion ist aus der konkreten Not zu verstehen. Und aus dem Bewußtsein, daß das Leben vieler Linker eine spießige Reproduktion bürgerlicher Verhältnisse ist. Die Möglichkeit des kollektiven Widerstands wird hier und jetzt gesehen. Schluß mit dem Freak-Nirwana, weg mit dem rosa Halstuch, ausleben dessen, was Alternativ-sein bedeutet, sagen sie.

Der Häuserkampf ab 1968 erscheint ihnen asl politisch symbolischer Akt im Zuge der Pop-Sezen. Heute jedoch gehe es darum, einen notwendigen Akt der Beseitigung der Wohnungsnot zu leisten. Die meisten der Besetzer sind um 20 Jahre alt. Wörtlich sagen sie: „Wenn sie uns da reausschmeißen, nehmen wir uns da nächste Haus."

Die bürgerliche Umwelt empfinden sie als zutiefst beschissen und voller Aggressionen. Als Beispiel dafür nennen sie das Machtverhältnis zwischen Autofahrer/Fahrradfahrer, oder die Tatsache, daß so an die 20 Menschen isoliert nebeneinander in der Straßenbahn fahren, ohne miteinander zu reden. Auch in den linken Projekten spiegeln sich, sagen sie, die Verhältnisse in der Gesellschalt wieder. Beispiel hierfür ist ihnen die abgefuckte Kommuniktationslosigkeit in der Batschkapp (Frankfurter Kulturzentrum, ein Sponti-Treffpunkt) mit Bekleidungsnorm und Freakhierarchie. Enttäuscht sind sie auch von der „tageszeitung", deren Berliner Zentralredaktion die Veröffentlichung eines Artikels der Frankfurter Redaktion über die Besetzung mit der Begründung ablehnte, solche Aktionen seien in der BRd durchaus an der Tagesordnung. Daraus, läßt sich, so ein Redakteur der taz in Frankfurt, ableiten, daß die Zentralredakteure den Blick für die Realität verloren haben und nur noch in Zeitungsschablonen denken. Dieser Redakteur jedenfalls lebt in der Realität, er war bei der Besetzung dabei.

Das Echo aus der Nachbarschaft des besetzten Hauses ist positiv. Die Bewohner des alten Arbeiterviertels in Bornheim kommen, besichtigen das Haus, bringen den Besetzern Essen, Holz und Heizen und Möbel.

Wolfgang und Janusz/ID



Wohnungsnot in München:

ALS SIE KEINE WOHNUNG FAND, ZOG SIE NACH BERLIN

MÜNCHEN 10. März In München erreichte der Vandalismus von Wohnungsspekulation seinen Höhepunkt. 10 - 12000 Münchner versuchen auf dem „freien" Wohnungsmarkt eine Wohnung zu erhaschen. Weitere 10000 haben sich beim Wohnungsamt für eine freiwerdende Sozialwohnung (Dringlichkeitsstufe I) beworben.

Konkret sieht die Wohnsituation für viele Münchner so aus: Die Obdachlosenheime sind total überfüllt. Neben dem Bett eines Penners liegt des öfteren ein Student oder ein Schichtarbeiter. Viele die in Pensionen einquartiert sind, leben und schlafen mit vier Personen in einem Zimmer. Da natürlich jeder verschiedene Vorstellungen hat, wann er gedenkt seine Augen zu schließen, kommt es in den Zimmern zu Streitereien und Bambule. In einer 5 Zimmer-WG übernachten allabendlich ca. 30 Leute. Eine Frau hat sich zum schlafen die Badewanne reserviert.

Das die Wohnungsnot in München für viele Leute existenzielle Schwierigkeiten mit sich bringt, zeigen folgende Beispiele:

Peter mußte aus seine Bude raus, weil das Haus abgerissen wurde. Er verkaufte die Möbel und schläft jetzt in seinem Auto. Er sucht seit einem halben Jahr eine Wohnung.

Monika suchte 8 Monate nach einer kleinen Wohnung. Als sie keine fand, gab sie ihre Stellung auf und zog nach Berlin, wo die Wohnungsnot noch nicht so groß ist.

Gerlinde kam aus einer Kleinstadt um in München eine Friseurlehre zu machen. Sie lebt unter der Woche in einer billigen Pension, und muß jedes Wochenende 180 km nach Hause fahren, weil sie kein Zimmer findet.

Ralf bewohnte zusammen mit seiner Schwester ein Zimmer bei seinen Eltern. Für sein Studium an der Kunstakademie suchte er ein Zimmer mit eigenem Schreibtisch, da er sonst sein Studium beenden müßte.

Also, was tun? Durchstarten und Häuser besetzen !

Vom 2. – 4. Februar besetzten ein buntgemischter Haufen von Leuten die St.-Matthäus-Kirche. In den darauffolgenden Wochen sind diverse Gespräche zwischen Kirchenbesetzer und Stadt gelaufen. Die waren so, wie diverse Gespräche mit der Stadt eben verlaufen: Die prinzipiell schwierige Wohnsituation wird anerkannt, die rechtlichen Möglichkeiten werden voll in einen anderen Topf umgeschöpft. Herr Zenentmeier (stellv. Oberbürgermeister) gibt Anweisungen, Herr Stützle (Sozialreferent) nimmt Anweisungen entgegen. Die Stadt beschließt, von Pfarrer Lubkoll (Matthäuskirche) auf das leerstehende Haus in der Blumenstraße aufmerksam gemacht, dieses Haus sofort dem Planungsreferat der Stadt zu Gute kommen zu lassen. Der Oberbürgermeister Kiesl weiß natürlich von allem nichts, denn während dieser Zeit badet er am Strand von Rio de Janeiro.
Es zog sich also und konkretes blieb aus.

treffendes gedicht

der schriftsteller d. in seinem bemühen
zum thema 'wohnraumzerstörung'
einen beitrag zu schreiben
klappt den deckel der schreibmaschine zu
geht aus dem haus
sucht stadtbaurat herbert w. auf
und haut ihm ein paar in die fresse

nach seiner festnahme gibt er zu protokoll
er habe nur ein treffendes gedicht geschrieben

Manfred Hausin

Besetzung des Hauses in der Blumenstr. 33

Vormittags den 22. Februar griffen ca. 30 Leute zur Selbsthilfe und besetzten das Haus in der Blumenstraße 33. Das Haus hat 3 Stockwerke und befand sich in einem recht guten Zustand. Licht und Wasser waren s schnell installiert. Innerhalb weniger Tage wäre das Haus also voll bewohnbar gewesen. Bei Gesprächen zwischen Hausbesetzern und Stadtverwaltung wurde die Notlage der Besetzer zwar akzeptiert, aber trotz alledem die Räumung des Hauses in Aussicht gestellt.

Im Laufe des Tages gingen über 200 Leute im Haus aus und ein. Abends wurde noch ein Fest mit 300 Menschen gefeiert.
Doch nachts um 3 Uhr wollten wohl 4 Hundertschaften Polizisten mitfeiern. Diese Vermutung erwies sich jedoch als falsch.

Ein Hausbesetzer berichtet:
„Als die Bullen um drei Uhr morgens kamen, stand ich gerade am Eck zur Fraunhoferstraße, um zu schauen, ob sie dort schon versammelt sind, wie es im Haus gerüchteweise verlautet hatte. Und sie kamen tatsächlich; nur aus der entgegengesetzten Richtung – ca. 35 Busse, zwei Laster, diverse technische Hilfskarren und 420 Grüne.
Mit gezücktem Schild und Knüppel, manche auch mit Bergarbeiterfunzeln und Streitäxten bewaffnet, stürmen sie zur Toreinfahrt hinein und, nach kurzem Demolieren der Tür und einer Mauer, auch ins Haus. Beim Einschlagen der Haustür saust die Axt haarscharf an den Köpfen der paar Leute vorbei, die sich auf die Stufen gesetzt haben. Draußen wird inzwischen der gesamte Altstadtring in Höhe der Blumenstraße 33 abgesperrt – niemand soll's sehen. Um diese Zeit sind ja auch wenig Leute auf die Straße. Doch die paar, die vorbeikommen, fragen natürlich „Was ist dann da los? ", und der Bulle ganz vorne an der Absperrung meint: „Nix". Und nach weiteren Fragen: „Des is a Übung". (Aha!). Gegenüber vom Haus sind unterdessen viele Passanten eingetroffen, unauffällig, jedoch mit gespitzten Ohren. Die Räumung hat begonnen, zwei Punks werden herausgezerrt (ein paar Tritte können ja nie schaden, ned wahr, Herr Schlachtmeister?), ansonsten geht das Fotografieren, die ED-Behandlung fast lautlos über die Bühne. Die ‚Besatzer', wie es im Polizeipressebericht so schön heißt, werden einzeln herausgeführt, jeweils in Begleitung ‚zweier Beamter', während die noch im Haus Verbliebenen Flugblätter zu den Fenstern hinauswarfen und zu uns herüberwinken; und weil drinnen niemand aufs Klo darf, pinkelt auch einer zum Fenster hinaus. Kurzum: die ganze Prozedur dauert bis um halb acht."

Alle 101 Besetzer wurden ED-behandelt; 50 davon in die Haftanstalt gebracht (alle sind wieder frei). Mittlerweile sind zwei Hausbesetzer, die auch in U-Haft waren, vom Schnellgericht verurteilt worden: Zu 30 Tagen a 15 Mark und zu 10 Tagessätzen a 10 Mark.

Der Pressesprecher der Polizei auf die Frage, daß von polizeilicher Seite her vor der Stürmung des Hauses die Besetzer nicht aufgefordert wurden herauszugehen: „Jamei, die hätten ja vorher das Gebäude verlassen können."

Reaktion der SPD und FDP auf die Hausbesetzung

Die SPD, diesmal in der Opposition, setzte sich natürlich für die Sacher der Hausbesetzer ein. Auf ihrem örtlichen Parteitag forderte sie: Weg mit den Strafanzeigen! An der Misere ist die Rathaus-CDU schuld. Doch dem Ex-Oberbürgermeister Kronawitter war da nicht so wohl und gab zu bedenken: „Auch ich hätte nicht anders vorgehen können."

Und die FDP, sie machte sich in der Vergangenheit für Wohngemeinschaften stark, wird mit ihrem Rathaus-Antrag nicht recht populär. Sie hat jetzt auch die Scheiße im eigenen Haus. Die Büros ihres bayrischen Landesverbandes in der Agnesstr. 47 sind nämlich zwechentfremdete Wohnungen. Das hat ihr eine Städtische Anzeige eingebracht.

Wie geht es weiter?

Einige Gedanken von Münchner Hausbesetzern:

„Blumenstraße 33, Altstadtring, Krach, Gestank — wenn die Besetzung erfolgreich gewesen wäre, hätte als nächste Aktion der Altstadtring gesperrt werden müssen, weil sich's mit dieser Straße vor der Tür nicht leben läßt. Das heißt, Häuserkampf ist nicht nur ein Kampf um Wohnraum sondern gegen die gesamte Stadtentwicklung. Es gibt ja die Geschichte von einem, der mit einem Preßluftbohrer bewaffnet eine Hauptverkehrsstraße aufreißt und dafür ins Irrenhaus gesteckt wird... Wenn der Häuserkampf in solchen Dimensionen diskutiert und auch geführt wird, ist das gleichbedeutend mit Krieg, mit einer militanten Auseinandersetzung, die zwar oft abgelehnt wird, ohne die wir aber bald unsere sieben Sachen einpacken können. Krieg? Schreck laß nach! Ich will nicht als Fallschirmjäger auf Wohnungssuche gehen! Das meine ich auch gar nicht. Aber was passiert denn, wenn die Leute, die aus ihren Wohnungen fliegen, ihren Hausrat auf dem Marienplatz ‚unterstellen', wenn so lange Straßen abgesperrt werden, bis die Autofahrer im Kreis herumfahren? Die Stadt und ihre Zerberusse werden sicher nicht zuschauen, und die Gewalt wird, genauso wie bei dieser Hausbesetzung, von ihnen ausgehen. Es geht also nicht nur um Häuser, sondern schlicht und einfach um Lebensqualität — und die wird von vielen Faktoren bestimmt. Kann mensch von dieser Stadt überhaupt noch etwas fordern? Was hat sie letzten Endes zu bieten? Und, wie können wir Einfluß nehmen auf das Erscheinungsbild dieser Stadt? War es denn jemals unsere Stadt und kann sie's noch werden? Der Häuserkampf hier hat's nötig, auch unter solchen Gesichtspunkten diskutiert zu werden, und eine Auseinandersetzung in diesem Rahemen betrifft nicht nur die Wohnungslosen, sondern geht alle an.

(Der Artikel wurde aus Flugblättern der Hausbesetzer und aus einem Bericht des „Blatt" zusammengestellt.)

Kontakt: Angelika Gödde, Hans-Sachs-Straße 10, 8000 München 5.

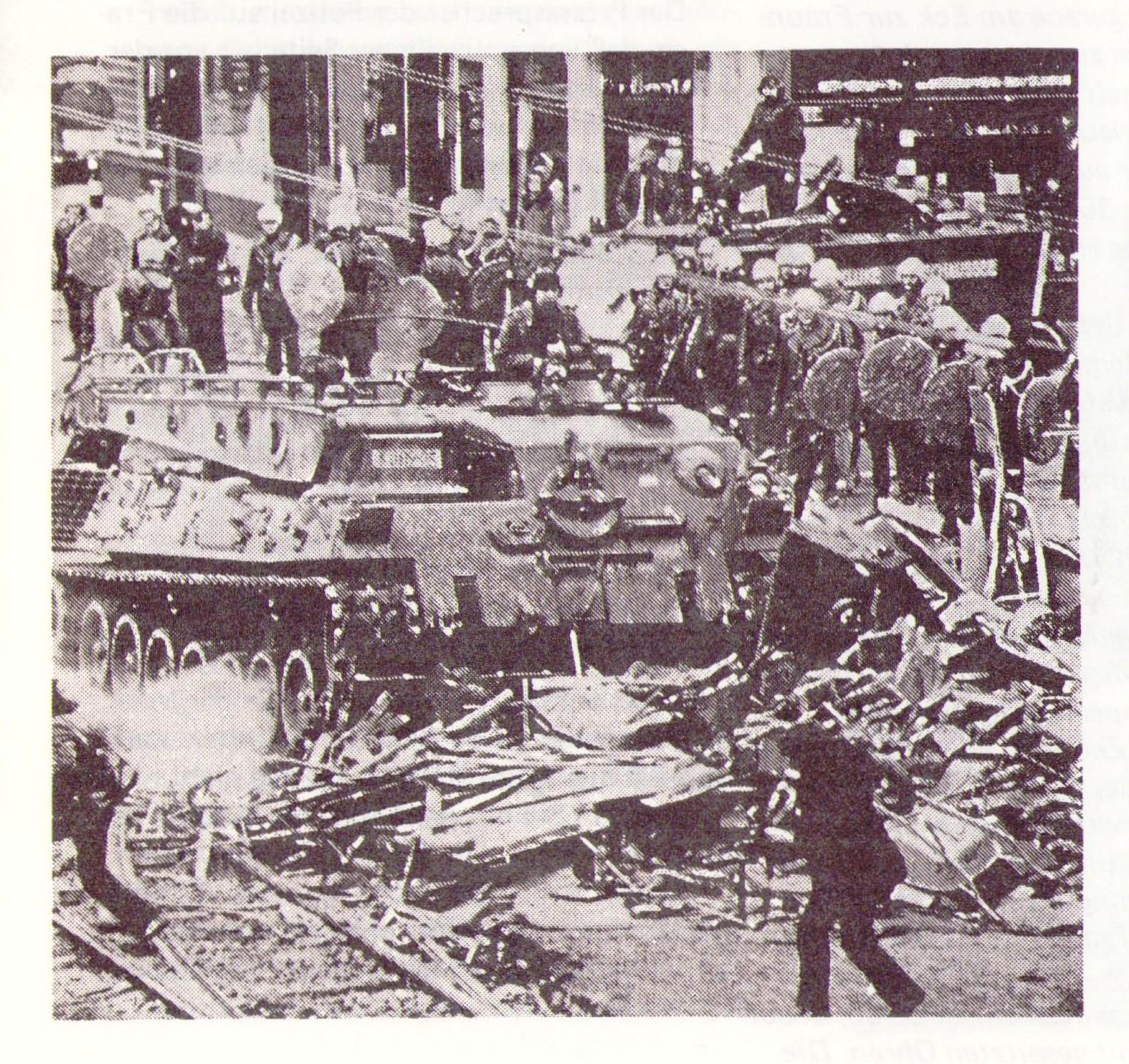
Amsterdam

BARRIKADENKÄMPFE IN AMSTERDAM

Amsterdam (BPA, Volkskrant, Het Parool), 12.3.80

Im ID 321 haben wir ausführlich über die Hintergründe der Hausbesetzungen in Amsterdam berichtet: 53 000 registrierte Wohnungssuchende haben kaum Aussicht auf Wohnraum 10 000 Amsterdamer haben sich selbst geholfen und Wohnungen besetzt. Auch über die unterschiedliche niederländische Wohnungsgesetzgebung haben wir in diesem Zusammenhang berichtet.

Es folgt hier eine kurze chronologische Zusammenfassung der Straßenkämpfe vom vorletzten Wochenende — der schwersten Auseinandersetzungen seit der Provo-Zeit.



(Entnommen aus: BPA, Volksfront, Het Parool).

Am 23.Februar wird ein Haus, das bereits seit 3 Jahren leersteht, an der Ecke Vondelstraat/Constantijn Huygensstraat, besetzt. Am Abend fallen 70 Mann der ‚Mobilen Einheit' der Polizei, mit Beilen bewaffnet, in das Haus ein und räumen es innerhalb einer Viertelstunde. Ein Besetzer muß mit Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. Aus Protest gegen das Auftreten der Bullen werden am nächsten Tag die Scheiben der Ausbildungsschule der ‚Mobilen Einheit' eingeworfen. Dabei wird die 22jährige Nanda festgenommen. Nach 4 Tagen Polizeiarrest wird sie in den Bijlmerknast gebracht; der einzige Anklagepunkt ist, daß sie Parolen gesprüht haben soll.

Um gegen diese Polizeiübergriffe und gegen die katastrophale Wohnungsnot in Amsterdam zu demonstrieren, versammelt sich am Freitagabend (29.2.) eine größere Gruppe Demonstranten und zieht zum Rathaus. Niemand bemerkt, daß eine kleinere Gruppe zurückbleibt. Um 18 Uhr wird das Haus in der Vondelstraat erneut besetzt und verbarrikadiert. ‚Nanda muß freigelassen werden', ‚Wohnen ist unser Recht' klingt es, als die irregeführten Polizeieinheiten, die den größeren Zug zum Rathaus verfolgt hatten, in die Vondelstraat zurückstoßen. Mehrere Male versuchen sie, das Haus zu räumen, allerdings müssen sie vor der immer größer anwachsenden, mit den Hausbesetzern sympathisierenden Menschenmenge zurückweichen. Das Haus bleibt besetzt.

Am Samstag beginnt der Barrikadenbau. Die Kreuzung, an der das besetzte Haus liegt, wird in ‚Platz der Freiheit' umbenannt, der Platz wird an allen Seiten verbarrikadiert. Der Zugang zum Vondelpark ist hermetisch abgeriegelt, keine Autos kommen mehr durch. Tausende Amsterdamer besuchen den ‚Platz der Freiheit'. In der Nacht auf Sonntag steigt die Menschenmenge noch an. Die ganze Nacht wird Musik gespielt, die Theatergruppe ‚Proloog' sagt ihre Vorführung im Shaffytheater ab und kommt auf den Platz, um dort ein Besetzerstück aufzuführen.

Am Sonntag tritt der Stadtrat zusammen. Das Haus wird vorläufig nicht geräumt werden. Erst soll geklärt werden, was mit dem Gebäude geschehen soll. Allerdings wird verlangt,



daß die Barrikaden geräumt werden. Dagegen stehen die Forderungen der Krakers (Besetzer): das Haus bleibt besetzt, Nanda muß sofort freigelassen werden, Zusicherung, daß nur noch mit richterlichem Befehl geräumt werden darf, alle Polizeieinheiten müssen sofort abgezogen werden.

Die Verhandlungen zwischen Rathaus und Besetzern gehen die ganze Nacht. Auf die Forderungen der Besetzer wird nicht eingegangen, lediglich die schwammige Zusage, daß das Haus vorerst nicht geräumt werden soll. Weder kommt Nanda frei, noch werden die Bullen abgezogen.

Um halb drei Montag morgen stellt Polak (Bürgermeister von Amsterdam) sein letztes Ultimatum. Die Barrikaden müssen entfernt werden. Er gibt den Besetzern bis 5 Uhr Zeit, die Barrikaden selbst zu entfernen. Diese geben bekannt, daß sie Aufschub bis Montag brauchen.

Polak wartet nicht mehr ab. Er gibt den aus ganz Holland zusammengezogenen Polizeieinheiten Einsatzbefehl. Um 6 Uhr 06 besetzen Bullen der ‚Mobilen Einheit', Militärpolizei und Landgendamerie den verbarrikadierten Platz. Mit Panzern, Wasserwerfern und Baggern werden die Barrikaden geräumt. Es wird bekannt, daß in seinem Einsatzbefehl auch Schußwaffengebrauch für möglich erklärt wird. Am Vormittag kommt es in ganz Amsterdam zu Straßenkämpfen, insgesamt 50 Personen werden verletzt.

Für die rasche Entscheidung Polaks mag es auch von Bedeutung gewesen sein, daß am nächsten Tag in ganz Holland große Streikaktionen gegen die Lohnpolitik der Regierung erwartet wurden. Eine mögliche Solidarisierung zwischen Besetzern und gewerkschaftlichen Demonstranten war ihm sicher ein Dorn im Auge.

Am Abend ziehen 10 000 Demonstranten durch die Stadt, es kommt zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen.

Die Demonstranten ziehen auch am ‚Grote Keyser' (besetzte Häuser in der Keizersgracht) vorbei, wo sie von Sirenen vom Dach der besetzten Häuser empfangen werden.

Allerdings bleibt die Situation in der Vondelstraat weiter gespannt. Es wird beschlossen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden, nicht in die Vondelstraat zu ziehen. Einige hundert, die das trotzdem versuchen, werden von den ‚Mobilen Einheiten', die immer noch in der Stadt sind, aufgefangen.

Ein Erfolg noch für die Besetzer: Nanda wird am Montagnachmittag freigelassen. Und das ‚Kraken' geht weiter: während der Demo am Montagabend wurden gleich zwei weitere Häuser besetzt, darunter ein Bürohaus der Wohnungsbaugesellschaft ‚Onze woning' (unsere Wohnung).

Über die Zukunft des immer noch besetzten Hauses in der soll in den nächsten Wochen entschieden werden.

Kontakt: ‚Kraakkrant', Postbus 16 667, Amsterdam.

ENTÖKONOMISIERUNG IN DER DRITTEN WELT

Diskussionsbeitrag zu „Entstädterung und Entökonomisierung" (ID 323)

Ich habe mit Freude die Diskussionen der letzten Wochen im ID, Pflasterstrand und Blatt zum Abbau ökonomischer Strukturen, zur Entstädterung und zur Wirtschaftsschrumpfung verfolgt, die sich im Anschluß an die Bookchin-Veranstaltungen und den Roth-Artikel über die Geschäftsführer der alternativen Projekte entzündet haben.

Die Diskussionsbeiträge scheinen mir ein Schritt zu einer sinnvollen Perspektive zu sein, die den Rahmen eines inhaltsleeren Antiautoritarismus verläßt und aufzeigt, daß die Strategie der Nichtarbeit und der Alternativbewegung nicht befriedigen können, wenn man nicht weiß, was man mit eben jener Nichtarbeitszeit anfängt, bzw. was an einem alternativen Projekt alternativ ist.

Es geht mir weder um eine Verurteilung des Prinzips der Nichtarbeit, dem sich selbst fast mein ganzes Leben lang gehuldigt habe, noch um eine Verdammung der Alternativprojekte, sondern um das Fehlen einer geistigen Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Land, aus dem heraus eine Bewegung hervorgehen könnte, in der Nichtarbeit zu sinnvoller Tätigkeit würde und Alternativprojekte eine richtungsweisende Sprengkraft gewännen.



In diesem Zusammenhang sind mir drei Thesen wichtig, von dene die erste unter uns Linken wohl allgemein akzeptiert wird, die zweite langsam aus unserem Bewußtsein verloren geht und die dritte überhaupt noch nicht bis dahin vorgedrungen ist:

1. Angesichts des ökologischen Horrors in Ost und West ist die Zeit gekommen, in der sich nicht mehr diejenigen zu legitimieren haben, die nicht arbeiten, sondern diejenigen, die arbeiten und mit ihrer Arbeit das Überleben der Gattung Mensch in Frage stellen.

2. Das Geld hat seine Rationalität verloren, wenn es jemals eine besessen hat.

3. Das Verhältnis von Ökonomie zu Mensch und natürlicher Umwelt ist ein zerstörerisches. Eine Beendigung dieses Gewaltverhältnisses setzt die Aufhebung der Ökonomie voraus.

Und genau hier setzen die Beiträge von Klaus und Rädli aus dem vorletzten ID an. Klaus fordert den Aufbau von Selbstversorgungsstrukturen und Lebensbereichen, die unabhängig von ökonomischen Prinzipien und Notwendigkeiten ein neuartiges, verlorengegangenes, nichtausbeuterisches Verhältnis zu Natur und Mensch ermöglichen, Rädli ruft zur Wirtschaftsschrumpfung, Entstädterung und Landreform auf, um einen ersten Schritt zu tun, dem Wahnsinn der Wirtschaftsgesellschaft ein Ende zu bereiten.

Ich möchte mit diesem Artikel von ähnlichem Blickwinkel aus die Problematik der unterentwickelten Länder betrachten, um eine Diskussion wieder aufleben zu lassen, die aufgrund unserer bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen mit den Revolutionen und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt seit Jahren nur noch halbherzig bzw. mit Widerwillen geführt wird und in einer Haltung zu enden droht, wie sie Joschka und Dany im Internationalismus-Kursbuch einnehmen: Der Teufelskreis der Macht läßt sich nicht durchbrechen; nach dem Sieg einer Befreiungsbewegung reproduziert diese unter neuen Vorzeichen alte gesellschaftliche Machtverhältnisse und von daher keine Solidarität mit politischen Bewegungen. Macht ist Scheiße und mit alledem wollen wir nichts mehr zu tun haben.

Für mich ist auch in den unterentwickelten Ländern das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie der Schlüssel zum Verständnis ihrer existenziellen Probleme. Denjenigen jedoch, die die Macht haben und denjenigen, die sie via Reform oder Revolution anstreben, ist die ökologische Dimension völlig fremd. So genießt bspw. eine der größten Umweltkatastrophen der Menschheitsgeschichte, die Explosion des Bohrturms Ixtop I im Golf von Mexico, aus dem sich seit fast einem Jahr täglich 100 000de von Barrel Öl munter ins Meer ergießen, in der mexikanischen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit eines mittelschweren Verkehrsunfalles.

Alle gängigen Entwicklungsstrategien sind das Produkt ökonomischer Theorie, entweder der bürgerlichen oder der marxistischen. Entwicklung wird gleichgesetzt mit industrieller Entwicklung, mit Ökonomisierung aller Lebensbereiche, obwohl nirgendwo der Grundzusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie sowie zwischen Ökonimie und Kultur so offen zutage tritt wie in der Dritten Welt.

In allen Etappen der Geschichte der unterentwickelten Welt war dieses Verhältnis ein zerstörerisches, das wie im Falle des brasilianischen Nordostens die reichsten und fruchtbarsten Regionen ihrer Bodenfruchtbarkeit beraubt, zur roten Wüste macht und die dort lebenden Menschen, ihrer kulturellen Identität und wirtschaftlichen Lebensgrundlage verlustig, in Hunger und Elend zurückläßt.

Der Vernichtungsfeldzug gegen Mensch und Natur begann immer mit der gewaltsamen Trennung von Ernährung und Landwirtschaft, die der Selbstversorgung der Bauern ein Ende bereitete, sie von ihren Feldern in die Slums der Städte trieb oder sie



in die monokulturelle Produktion für den Markt und damit in die Geldwirtschaft hineinpreßte, und endet mit dem Versuch, durch Industrialisierung eine gesamtgesellschaftlich befriedigende Entwicklung einzuleiten.

Obwohl alle bisherigen Industrialisierungsversuche in der Dritten Welt gescheitert sind und statt dessen ein Prozeß der Tertiarisierung stattgefunden hat, der einen großen Teil der städtischen und ländlichen Bevölkerung zum Leben in der Marginalität der Slums verdammt hat, und obwohl in der Dritten Welt die Mehrzahl der Menschen nach wie vor der bäuerlichen Bevölkerung zuzurechnen ist, bedeutet auch für die revolutionären Bewegungen der moderne Industriestaat das erstrebenswerte ökonomische Ziel, das es zu erreichen gilt, kommt auch im Rahmen der linken Entwicklungsstrategien der Landwirtschaft die Funktion zu, als Vehikel des Industrialisierungsprozesses zu fungieren.

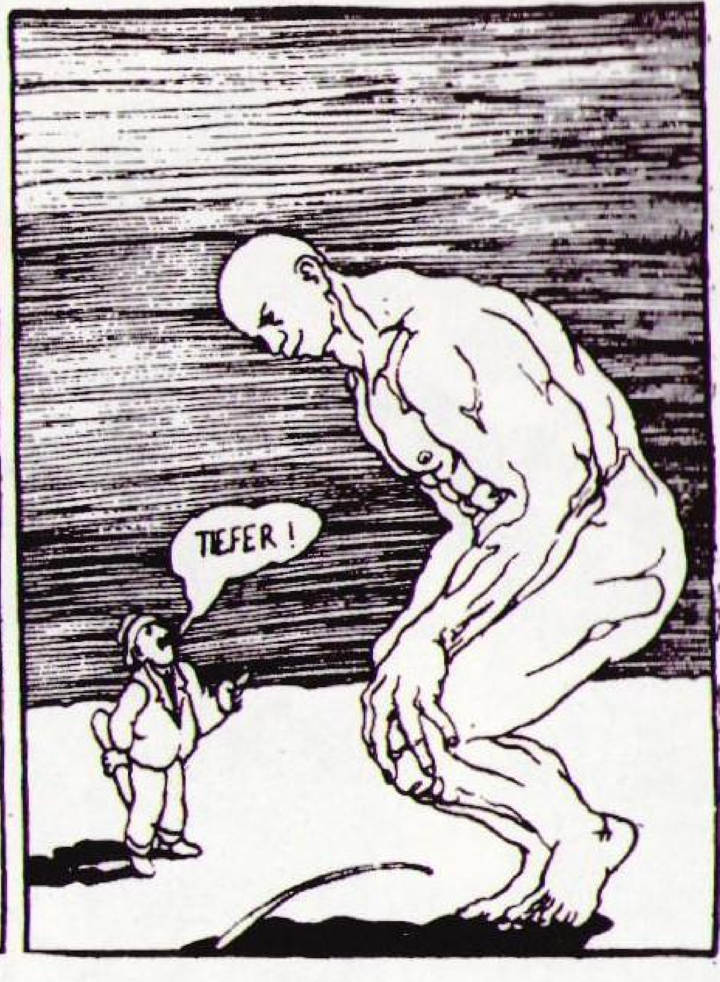
Es kommt darauf an, der in der Entwicklungstheorie einhellig vertretenen These eine Alternative entgegenzusetzen, die ganze Welt müsse durch das Stahlbad der Industrialisierung hindurch, um einen höheren Stand der Zivilisation zu erreichen, nicht nur wegen der ungeheuren Leiden die damit für die betroffenen Menschen verbunden sein werden, nicht nur, weil sich diese höhere Zivilisation als Krankheit, als kollektiver Wahnsinn erwiesen hat, sondern schlicht und einfach aus ökologischen Konsequenzen heraus, die unser Planet mit sicherheit nicht überleben wird. Die Forderung nach Entökonomisierung und nach einer Abkehr von den industriellen (bzw. tertiären) Strukturen, die unser Leben bestimmen und die Arbeit, Technik und Zivilisation zum Horror werden ließen, kann daher auch für die Dritte Welt nicht lautgenug erhoben werden.

In diesem Zusammenhang wird der Aufbau von Selbstversorgungsstrukturen eine wichtige Rolle spielen bei der Wiedervereinigung von Ernährung und Landwirtschaft. Die Frage, inwieweit mit einem Konzept der nationalen, regionalen und dörflichen Selbstversorgung auf der Basis der Landwirtschaft Hunger und Arbeitslosigkeit beseitigt, und Selbstbestimmung und Wiedererlangen einer kulturellen Identität für die Menschen der Dritten Welt erreicht werden kann und vor allem die Frage, wie sich angesichts innerer und äußerer Zwänge ein solches Konzept realisieren ließe bzw. Schritte in diese Richtung machen ließen, verdienen meiner Meinung nach unsere breite Aufmerksamkeit.

Roland Motz/Informationszentrum 3. Welt
(IZ3W)-Frankfurt

DAVID UND GOLIATH









Kann man DER WIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT mit STAATSGELDERN den GARAUS machen ?

Ein Beitrag zur Debatte um Entstädterung und Entökonomisierung (siehe ID Nr. 323)

Sowohl Rädli als auch Klaus schlagen vor, mittels ‚Staatsgeldern', das sind Subventionen, Stipendien, Forschungsunterstützung, an der Entökonomisierung der Gesellschaft, am Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen zu arbeiten. Das tun sie, nachdem sie die verheerende Wirkung des Geldes, wie es Menschen zu Opportunisten macht, ausführlich kritisiert haben. Sie scheinen darauf zu vertrauen, daß das ‚richtige' Projekt, nämlich die Zerstörung der Wirtschaftsgesellschaft, die Folgen der Abhängigkeit von fremdem Geld aufhebt. Ich glaube jedoch, daß der automatische Bezug garantierten Einkommens, Pfründe also, noch tödlicher für eine radikale Kritik der Wirtschaftsgesellschaft ist als das Dahinwursteln der Projekte ‚alternativer' Ökonomie. Es mag starke Individuen geben, die sich in ihrer bequemen Rentnerposisiton nicht einrichten, deren Kritikfähigkeit so ausgeprägt ist, daß sie der Neigung widerstehen, jeder Esoterik, jeder Mode nachzugehen, die trotz ihrer (vermeintlichen) Abkopplung von der Ökonomie ein klares Bild ihres Gegners behalten. Ich kenne aber nur wenige.

Ich kenne jedoch Menschen und Projekte, die antraten, andere Modelle des Zusammenlebens und -arbeitens zu entwickeln und die nun unter veränderten Bedingungen nichts Anderes hervorbrachten als eine „alternative Ökonomie", die nur ein Nebenstrang der kapitalistischen Wirtschaft ist, mit der Funktion, die Abweichung zu organisieren. Eine schlecht funktionierende Ökonomie zudem. Ihr größtes Übel ist es aber, die Hauptlinie des Konformismus umso reibungsloser verlaufen zu lassen: je mehr Häuser auf dem Land gekauft werden, umso leichter setzt der Staat sein Wohnungsprogramm in den Städten durch. Die Lebensverhältnisse der Leute werden dadurch nicht entökonomisiert, ihr Funktionieren erlebt nur weniger Störungen. Was kann von jemandem auch ein anderes Interesse an Hausbesetzungen als ein nostalgisches erwartet werden, wenn er gerade seinen eigenen Bauernhof renoviert?

Die Kritik der Stadt kann nur in der Stadt erfolgen, die Entökonomisierung, indem der Ökonomie dort Widerstand entgegengesetzt wird, wo sie wirkt. Eine Stadtzeitung liefert dann einen Beitrag dazu, wenn sie sich auf Details, wie ungerechte Preise für lebensnotwendige Güter etc. einläßt, nicht, wenn sie feuilletonistische Beiträge darüber verbreitet, wie einfältig und schlecht doch die Macht ist, und wie schlau wir, da wir damit nichts zu tun haben.

Einer der wichtigsten Gründe aber, weswegen die Betriebswirtschaft die Herrschaft über viele Projekte und die dort arbeitenden Menschen gewonnen hat, ist die Forderung, sich ‚alternativ' reproduzieren zu können, die sich erst im Laufe der Zeit, aber immer hartnäckiger durchgesetzt hat. Sie bedeutet nicht nur einen gewaltigen finanziellen Druck, bedingt also Marktverhalten und begünstigt das Geschäftsführergehabe sondern schafft für die dort Arbeitenden eine scheinautonome eigene Welt, in der sich nicht nur alles materiell notwendige, sondern auch Prestige und ein Ruf gewinnen lassen. Das Gegenmodell verliert fast jeden Bezug zu dem Bekämpften: daß es sich dem Eigentlichen immer stärker annähert, fällt kaum noch auf. Die Kritik, die noch immer an dem Herrschaftssystem geübt wird, trifft nur noch zufällig den Gegenstand.

Unter diesen Umständen erscheint mir die Einführung von ABM-Maßnahmen fast als ein Fehler; das begründet auch meine Abneidung, weiter daran mitzuarbeiten, den alten Betrieb (ID) am Laufen zu halten - obwohl, das muß ich zugeben, die kritisierten Erscheinungen dort noch relativ selten sind. Das liegt wohl an der Offenheit nach außen, die gewahrt werden konnte, auch wenn es Angriffe von ‚Autoren' gab.
Nach dieser Erfahrung, die die Abschaffung aller bezahlten Tätigkeiten in den Projekten nahelegt (außer Tippen etc.), bin ich sehr skeptisch, wenn die Kritiker der Wirtschaftgesellschaft diese Tätigkeit mittels staatlichen Geldes, möglichst noch auf dem Land ausüben wollen. Sie sollen in der Stadt bleiben, damit sie ihren Gegenstand nicht vergessen, oder aber sie sollen sagen, daß sie andere Gründe haben zu gehen, und davon gibt es sicherlich viele gute und verständliche. Wer sich ständig vom Herrschaftssystem bezahlen läßt, ohne dafür andere Auseinandersetzungen austragen zu müssen als die selbstgewählten, ohne andere Erfahrungen machen zu müssen als die, die gerade angenehm sind, dessen Empörung findet auf die Dauer wohl zu wenig Nahrung, um sich in Widerstand zu äußern.

V. Stamm

RÖMER-KAMPF UMS KALTE BUFFET

Dieser Artikel ist all denen gewidmet, die sich trotz aller Widrigkeiten noch an den Ökologie-Plenen beteiligen und denen ein Besuch im Römer (also im Frankfurter Rathaus) ein wenig über den Berg hilft...

Alle diejenigen jedoch, die den revolutionären Kampf ums kalte Buffet deshalb verpaßten, weil die „Öko-Bewegung eh am Ende" ist, oder denen „Politik in der Anti-AKW-Bewegung nichts mehr bringt", oder die nicht da waren, weil „auf Plenen eh nur rumgelallt wird", mögen angesichts des verfressenen Ereignisses zum Geburtstag von Heinz-Herbert Karry (Hessens Wirtschafts- und Atomminister) vor kulinarischem Neid erblassen:

Angesichts der Tatsache, daß die Pläne für eine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen langsam konkrete Formen annehmen, haben sich am 6. März ca. 60 anscheinend Verrückte aus Frankfurter Bürgerinitiativen und anderen Gruppen getroffen, die sich doch tatsächlich die Frage stellten, ob man vielleicht sowas gar verhindern könnte!

Da kurz vor Beginn des Plenums bekannt wurde, daß zur gleichen Zeit der Ober-Guru der hessischen Atom-Mafia, Heinz-Herbert Karry, im Römer seinen 60. Geburtstag feierte, faßten sich in der Diskussion während der Veranstaltung sogar die Redner kurz, die sonst minutenlang darüber referieren, warum gerade in Frankfurt so wenig läuft und die Linke so wenig auf die Beine stellt. Kurzum: die Situation war prickelnd tatenschwanger.

Anrufe zu Hause, die die Genossen in den Wohngemeinschaften von Spaghetti mit Tomatensoße losrissen, und ab gings zum Römer.

Die paar Zivilen an der Eingangstür des Rathauses wurden von so viel anti-atomarer Energie schlicht geblendet und standen der ganzen Geschichte rat- und fassungslos gegenüber.

Der erste, der uns begegnete, war das Geburtstagskind selber, uns' Heinz-Herbert (ihn „zu würdigen ist ein Unding, denn von gestelzter Würde hat er nie etwas gehalten. Er ist immer der geblieben, der er war, als ich ihn kennenlernte, ein Frankfurter Bub, ein Bernemer Bub." W. Mischnick in der Geburtstagsbroschüre, Hochglanz). Doch auch alle anderen waren da, der Börner, der Gries und der Scheel. Und als sich nach ein paar Minuten des Schrecks herausstellte, daß sich unsere Kommando-Aktion weniger gegen die körperliche Unvollkommenheit unserer Spitzenpolitiker (was gut möglich gewesen wäre, trotz einiger Sprudel trinkender Djangos), als vielmehr auf das kalte Buffet richtete, suchten einige sogar den Dialog mit der kritischen Jugend, was allerdings der FDP-Spitze wegen Vollsuffs nicht leicht fiel, auch deswegen, weil nach unserem Ständchen „KEIN KARRYSBURG IN HESSEN" und der Parole „Trinkt das gute hessische Bier, solnage es noch nicht radioaktiv ist!" unser Interesse erst mal in Richtung Bar tendierte.

Trotzdem kamen noch einige interessante Gesprächsergebnisse zustande: Nachdem der volltrunkene Karry (ihr wohl nicht, wie, der Setzer) sieben DM für eine Kinokarte für den Film „China-Syndrom" überreicht bekam, Börner den Film als vollkommen unwissenschaftlich entlarvte (später stellte sich leider heraus, daß Holger nur Ausschnitte von „Kennen Sie Kino? " gesehen hatte), entpuppte sich unser Ministerpräsident sogar als Fachmann der Kernphysik mit der überraschenden These, daß Atomkraftwerke weniger Radioaktivität freisetzen würden als Kohlekraftwerke; und schließlich wäre es doch verantwortungslos, die Bevölkerung dermaßen zu verunsichern. Da Walter Scheel nicht in Begleitung seiner Frau erschienen war, jedoch äußerst interessiert mit einer rüstigen Endfünfzigerin schäkerte, möge sich das weitere Interesse jetzt des wichtigeren Personen des Abends zuwenden: Uns!

Da sah man also die ehemalige Vorsitzende des Frankfurter Frauen-Asta, bestaunt von drei beeindruckten Zivilbeamten, mit größter Selbstverständlichkeit einen zwanzig Jahre alten „Chivas Regal" abgreifen, während im Hintergrund der momentane Asta-Vorsitzende unbeeindruckt von den Köstlichkeiten der Fleischtheke eine Jahresration Ziegenkäse unter die Lederjacke schob.

Zwei ältere Frauen aus der Bürgerinitiative Westend konnten es selbst nach vier Halben Bier nicht lassen, dem Börner noch mals ordentlich die Meinung zu geigen: „Den Hitler konnte



uns die Wirtschaftsmafia andrehen, euren Atomstaat werden wir zu verhindern wissen!"

KB-Vertreter soffen sich derart die Hucke voll, daß sie von äppelwoi-trinkenden Mitgliedern des Sozialistischen Büros fast zum Eintritt in die Grünen überredet wurden. Schlicht - es fand in den heiligen Hallen des Römers eine feuchte Verbrüderung der zerstrittenen Teile der Ati-AKW-Bewegung statt.

Wer sich selbst von diesen neuen Anfängen einer furchtbaren Zusammenarbeit überzeugen will, komme doch auf das nächste Anti-Wiederaufbereitungsanlage-Plenum am 26.3. um 20 Uhr in die Katholische Studentengemeinde (KSG), in Frankfurt, Koselstr. 15.

Angie Ananas und Zbgienew Ziegenkäse

KARRYSBURG IM LANDKREIS FULDA?

Frankfurt,
6. März 1979

Nachdem am 27. Februar im hessischen Landtag SPD und FDP geschlossen für eine Wiederaufbereitungsanlage gestimmt hatten, regt sich an der FDP-Basis in Nordhessen Widerstand. Dies berichtet voller Sorge die Frankfurter Allge-

stand. Dies berichtet voller Sorge die Frankfurter Allge-meine Zeitung vom 6. März.

So haben sieben von 16 Mitgliedern des Kasseler Kreisvorstandes aus Protest gegen Karrys Methoden auf eine Wiederwahl verzichtet. Die Parteibasis sei unter „grober Mißachtung" innerparteilicher Regeln vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auch mit ihrer Mobilisierungskampagne von oben hat die FDP wenig Erfolg: von 10.000 mit Karrys Plänen beglückten Mitgliedern antworteten nur 40, davon erteilten 16 - vorwiegend aus Nordhessen - ihrer Parteiführung eine Abfuhr. Aus der südhessischen SPD erwartet die Landesregierung noch heftigeren Widerstand. Original-Ton der FAZ:

„...Die Politiker der hessischen Regierungskoalition (SPD/FDP) gehen davon aus, daß die Breite des Widerstandes an der Basis ihrer Parteien und in der Bevölkerung erst sichtbar werden kann, wenn der endgültige Standort feststeht und die Kernkraftgegner aus der ganzen Bundesrepublik die örtlichen Bürgerinitiativen bestärken werden..."

Doch wie ernst dieser Widerstand auch immer zu nehmen sei, die Börner und Karry wissen Rat, und die FAZ meldet das - unseres Wissens - als erste Zeitung:

„...Wenn zumeist auch vermutet wird, daß die DKW, die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, bis zum Ende des Monats einen nordhessischen Standpunkt auswählen wird, schließen Koalitionspolitiker einen osthessischen nicht aus. Sollte die Wahl auf dieses Gebiet fallen, in dem die hessissche CDU die Mehrheit hat, dann will die Partei, falls alle Sicherheitsvoraussetzungen gegeben sind, ein solches Projekt am Ort vertreten. Nachdenkliche CDU-Landespolitiker sehen für einen solchen Fall ebenfalls ein schwieriges Überzeugungsringen mit der eigenen Anhängerschaft voraus..."

Da ja - wie es in einem offiziell bestellten Gutachten heißt - für den Standort einer Wiederaufbereitungsanlage geologische und ökologische Gesichtspunkte nicht berücksichtigt werden müssen, bleiben nur noch politische: man sucht sich die Region aus, in der man - unterstützt von ehrgeizigen Landräten - am wenigsten Widerstand erwartet. Hier bietet sich also den herrschenden Politikern der Landkreis Fulda an.

Wie der Landkreis Lüchow-Dannenberg liegt er im „Zonenrandgebiet", hat eine hohe Arbeitslosenzahl, und die Bevölkerung ist konservativ (bei allen Wahlen über 60 % CDU). Es kommt noch hinzu, daß um Fulda die katholische Kirche eine große Rolle spielt, z.B. an Industriebetrieben beteiligt ist. Damit nun auch im Kreis Fulda die Rechnung der Karry, Börner und Co. nicht aufgeht, nehmt schnell Kontakt auf mit den örtlichen Bürgerinitiativen oder mit der

Stadtzeitung für Fulda und Umgebung, c/o Verein für Kultur und Kommunikation e.V., Löherstr. 37, 6400 Fulda, Tel. 0661/74934 (Sofa-Buchladen).

kh/ID



Straßenszene im Landkreis Fulda

OSTERN IN GORLEBEN

Vietze, 11. März 1980

In verschiedenen Zeitungen war bisher schon die Rede von einem "Frauentreffen zu Ostern in Gorleben". Unklar war bei den bisherigen Aufrufen, ob es sich um eine geschlossene Veranstaltung in kleinen Kreis handeln sollte. Immerhin war im Herbst 1979 die Rede von einer — von Frauen organisierten — Demonstration. Lilo Wollny, eine der Organisatorinnen des Treffens, stellt hier etwas ausführlicher das Vorhaben klar: sowohl Frauentreffen als auch "Demonstration für alle".

Ostern 1980 soll in Gorleben eine große Veranstaltung von Frauen für Frauen (und was dazugehört) stattfinden. Diese Idee wurde geboren auf dem Europa-Treffen der "Grünen Frauen" und an uns (die Gorleben-Frauen) herangetragen durch die Frauengruppe aus Diepholz, die am 10. September vorigen Jahres an den Behinderungsaktionen anläßlich der Abholzung für die erste Tiefbohrstelle teilnahm. Wir haben die Anregung gerne aufgenommen. Als wir mit den Vorbereitungen begannen, standen wir noch unter dem Schock der Bonn-Großdemonstration. Wir waren uns klar darüber, daß wir so etwas nicht wiederholen wollten. Deshalb sollte es etwas werden, wo jeder für sich etwas gewinnen könnte und wobei auch für uns etwas herauskommen sollte.
Deshalb haben wir uns für folgendes Konzept entschieden: Am Karfreitag Anreise, Verteilung von Schlafplätzen, allgemeine Information auf dem Spielplatz bei Trebel (im Zelt). Dabei wollen wir versuchen, Frauen mit gleichen Interessengebieten möglichst in die gleichen Dörfer zu vermitteln, damit es am Sonnabend keine große Reiserei gibt, wenn man sich trifft, um in den einzelnen Gruppen entweder bestimmte Themen zu besprechen oder auch spazieren zu gehen, Musik zu machen oder Erfahrungen auszutauschen oder was einem sonst gefällt.
Auch für Kinder haben wir gesorgt. Es werden Betreuer gestellt, so daß die Mütter ungestört sein können. Abends treffen wir uns zum großen Osterfeuer auf dem Spielplatz. Anschließend wollen wir einen Hexentanz an den Bohrstellen aufführen.

Am Sonntag morgen wird es einen Gottesdienst auf dem Platz geben. Nachmittags um 15 Uhr treffen sich dann alle gemeinsam (Frauen mit Kind und "Kegel") zur großen Abschlußkundgebung. Wir hoffen, daß wir viele, viele Frauen sein werden, damit wir uns endlich einmal unserer Stärke bewußt werden und die Politiker begreifen, daß sie mit uns zu rechnen haben.

Wir laden alle Frauen aus Stadt und Land ein, vom 4. — 6. April 1980 ins Wendland zu kommen! Am Sonntag, 6. April, große Demonstration von Allen.

Kontakte: Rose Fenselau, 3131 Vietze, Tel. 05846/361, Lilo Wollny, 3131 Vietze, Tel. 05846/402, Rebecca Harms, 3139 Hadrau Nr. 7, Tel. 05861/7274, Ilona Wagner, 2838 Sulingen, Tel. 04271/766



WAHLBETEILIGUNG — EINMAL ANDERS

Wertheim, März 1980

Im Main-Tauber-Kreis kandidiert Rainer Moritz als „Grüner" für den baden-württembergischen Landtag. Der Main-Tauber-Kreis in Franken ist als Standort vorgesehen für die Daimler-Benz-Teststrecke (siehe ID 290). Dagegen haben sich Bauern und Bürger des Kreises vor zwei Jahren zum „Bundschuh" zusammengeschlossen.

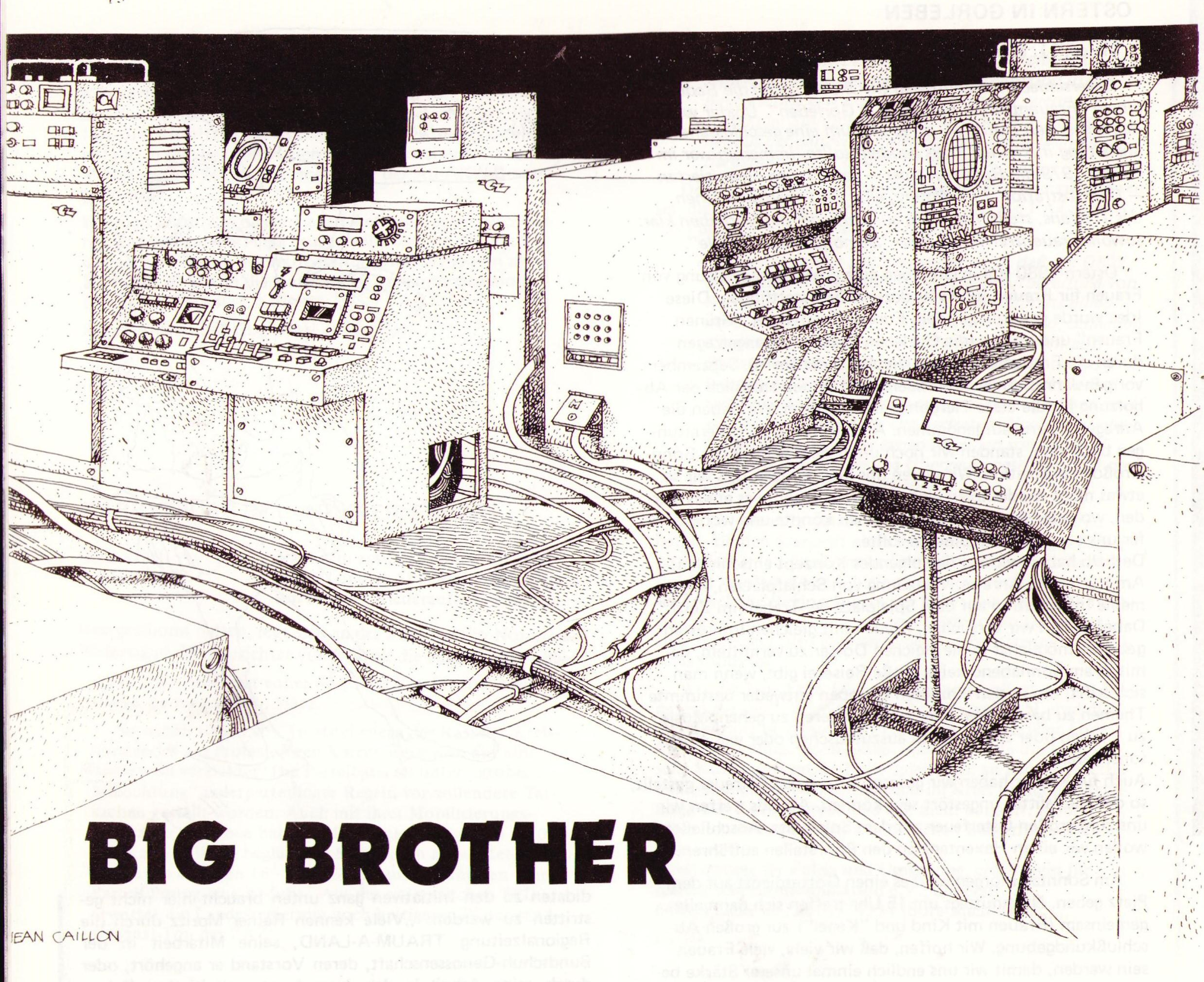
Jetzt kandidiert einer von denen, die von Anfang an dabei waren, für den Landtag. Diskussionen, wie sie anderorts entstehen, kommen hier erst gar nicht auf: um die Nähe des Kandidaten zu den Initiativen ganz unten braucht hier nicht gestritten zu werden: „Viele kennen Rainer Moritz durch die Regionalzeitung TRAUM-A-LAND, seine Mitarbeit in der Bundschuh-Genossenschaft, deren Vorstand er angehört, oder durch seine Arbeit in den Jugendzentrumsinitiativen." (aus dem Aufruf).

Auch geht es hier nicht um Wahlbeteiligung an und für sich. Die Zielsetzungen, mit denen Rainer Moritz kandidiert, sind entstanden aus der Situation des Main-Tauber-Kreises und der Auseinandersetzung um die Teststrecke und Jugendzentren. So heißt's im Aufruf: „Selbstverwaltete Jugendzentren in den Kleinstädten und BJugendräume auf den Dörfern, 5 Tage Bildungsurlaub für alle Jugendlichen, Vergütung für alle Berufsschüler mit langen Anfahrtswegen zur Schule, eine Alternativ-Schule im Kreis, Stillegung aller Atomkraftwerke, keine Teststrecke, keine Stomstromleitung über das Taubertal, keinen Straßenneubau (B 290/ B 292) im Main-Tauber-Kreis (die Straßen sind wichtig für das Flurbereinigungsverfahren und die Teststrecke)"!

Und schließlich: aufrufen zur Wahl tut nicht ein Kreis-, Landes- oder Bundesverband der Grünen, sondern schlicht und einfach ein Unterstützerkomitee, das aus Leuten besteht, die Rainer Moritz kennen und mit ihm zusammen in den selben Initiativen stecken, in der Regionalzeitung, im Bundschuh und in Jugendzentren.

Eine Kandidatur wie das Gründen einer Regionalzeitung — nicht mehr und nicht weniger.

Kontakt: Bundschuh-Genossenschaft, 6973 Schwabhausen, Haus 58; Traum-a-Land, Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, c/o Rainer Moritz, Mühlenstr. 23, 6980 Wertheim.



BIG BROTHER

JEAN CAILLON

Wo immer ein Formular auszufüllen ist, Auskünfte auf irgendwelchen Ämtern (Einwohner, Kfz-Zulassungs- Sozial-, Arbeits-, Finanz- und Gesundheitsamt z.B.) registriert werden, werden die meisten Angaben in einem Computer gespeichert. Trotz Daten-„Schutz" sind alle diese Ämter zur gegenseitigen Amtshilfe verpflichtet, wenn es um die Wahrung der öffentlichen Sicherheit, um Verbrechensbekämpfung, „Terrorismus" oder irgendwelche Präventivmaßnahmen zur Gefahrenabwehr geht. In letzter Zeit sind wieder Fälle bekannt geworden, daß in verschiedenen Großstädten selbst Elektrizitätswerke ihre Daten für die Rasterfahndung an das Bundeskriminalamt weitergegeben haben.

Die folgenden Beiträge sollen versuchen, , ein wenig Einblick in die herrschende Praxis zu geben. Ein Beitrag aus Bochum befaßt sich damit, daß vom Einwohnermeldeamt Daten aller Bochumer Einwohner an die Polizei weitervermittelt werden. Im zweiten Beitrag geht es um die Praxis der Kontaktsbereichbeamten im Raum Nürnberg. Kontaktbereichsbeamte arbeiten in dem „Vorfeld" des polizeilichen Einsatzes. Der dritte Beitrag ist eine Dokumentation einer Fragebogenaktion in Berlin, die berechtigte Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit aufkommen ließ. Und zum Schluß ein Interview des Id mit einem hohen Beamten des Berliner Senats, der gebeten hat, anonym bleiben zu dürfen.

Don Camillo/ID

Bochum – ein Einzelfall?

Wie in Bochum mit Daten der Bürger umgegangen wird, entnahmen wir dem Bochumer Volksblatt Nr. 35 vom März 80: Interessant ist hierbei die Antwort der Stadt Bochum, in der auf die Pflicht verwiesen wird, "obliegende Aufgaben" zu erfüllen und präventiv – also vorbeugend – "Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren". Bedauerlicherweise wird auf dieses Verfahren (der Datenforderung) verwiesen, weil noch nicht "rund um die Uhr" von einer Datenstation die "erforderlichen Daten" automatisiert abgefragt werden können. Wie lange noch?

IS WATCHING YOU

BOCHUM



In Bochum werden zur Zeit vom Einwohnermeldeamt monatlich auf sogenannten Microfiches die Bestandsdaten aller Bochumer Einwohner an die Polizei übermittelt. Die Bochumer F.D.P.-Ratsfraktion hatte dies moniert. Nachdem die Stadt von sich aus nicht bereit war, dieses Verfahren einzustellen, hat sich die F.D.P. an den Landesbeauftragten für Datenschutz gewandet. Dieser gab nun der F.D.P. recht und forderte die Stadt und den Polizeipräsidenten auf, die bisherige Praxis einzustellen.

So weit also die F.D.P.-Presseerklärung...

Doch was wird sich jetzt ändern?Kriegt die Bochumer Polizei jetzt gar keine Daten mehr von der Stadt? Keinesfalls gar keine mehr! Denn das Datenschutzgesetz läßt die Übermittlung personenbezogener Daten zu, wenn dies „zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist" (§ 11 Abs. 1Satz 1 Landesdatenschutzgesetz). Und es gehört doch wohl zu den gesetzlichen Aufgaben der Polizei, sofort feststellen zu können, ob die neuen Mieter im Hustadtring 88a tatsächlich die harmlosen Eheleute Müller sind oder aber ein Terroristenpärchen? Oder etwa nicht? HIer wird zum Staatsfeind, wer sich gegen die Weitergabe der Daten ausspricht.

Wozu dann das ganze Theater? Ganz einfach: die Stadt darf nicht sämtliche persönliche Daten weitergeben – der Datenschutzbeauftragte rügt daher ausdrücklich die Weitergabe der Religionszugehörigkeit. Und die Übermittlung der Daten muß „im Einzelfall erforderlich" sein. Dies ist sie aber nicht, wenn die Daten der Eheleute Müller Monat für Monat erneut von der Stadt Bochum an die Polizei übermittelt werden, obwohl dies doch nur erforderlich war im Monat des Einzugs. Alles klar? Der Schmutz um den Datenschutz kann wieder unter den Teppich gekehrt werden.

Der Bochumer Polizeipräsident wird weiterhin die Daten bekommen; nur nicht mehr alles auf einmal, sondern nur noch die Veränderungen oder aber auf besondere Anforderung (z.B. alle Müllers in Bochum). Der Erfolg: der Polizeipräsident kriegt nicht mehr raus, ob Herr Müller evangelisch ist. Und die Stadt Bochum gibt also weiterhin die Daten weiter. Wohlweislich werden daher in dem anliegenden Schreiben auf den Offenen Brief auch nur noch Daten aufgeführt, die derzeit automatisch weitergegeben werden – aber welche sind es früher gewesen und jetzt noch auf besondere Anfrage?

Heinz-Josef Borgmann

4630 Bochum 1, den 2.2.1980

Waldring 88

ANLAGE ZUM BRIEF DER STADT

Name:
Vorname:
Geburtsdatum und -Ort:
Geschlecht:
Gegenwärtige Anschriften:
vorhergehende Anschrift:
Familienstand:

DURCH EINSCHREIBEN

An den
Oberstadtdirektor
der Stadt Bochum
Rathaus

4630 Bochum

Betr.: Weitergabe von personenbezogenen Meldedaten an die Polizei

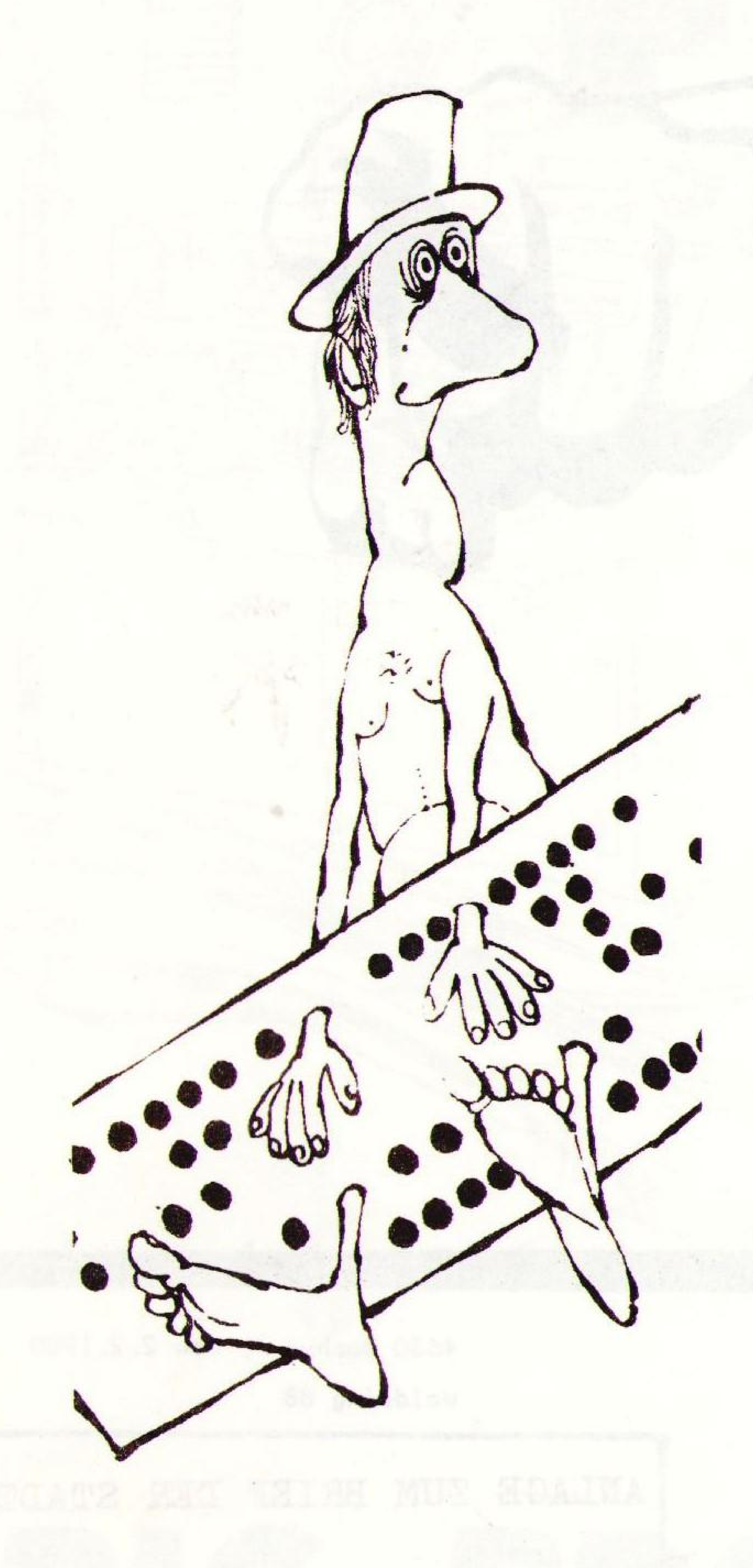
Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor,

Wie ich heute der WAZ entnehmen konnte, werden im Monatswechsel sämtliche personenbezogenen Meldedaten der Polizeibehörde übermittelt. Dies steht im eindeutigen Widerspruch zum Datenschutzgesetz.

Ich fordere Sie hiermit auf, mir innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen, welche Daten, die meine Person betreffen, die Polizeibehörde in Bochum erhalten hat, des weiteren mich darüber zu informieren, ob diese Daten schon gelöscht sind oder welche Maßnahmen zu deren Löschung eingeleitet sind. Sollte ich keine befriedigende Antwort erhalten, werde ich Klage erheben.

Mit freundlichem Gruß

[Unterschrift]



Stadt Bochum

Stadt Bochum · Postfach 10 22 69 / 10 22 70 · 4630 Bochum 1

Der Oberstadtdirektor

Amt für Einwohnerwesen
Rathaus Bochum — Zimmer 26 e
Auskunft erteilt Herr Pfordt — Durchwahl 692201

Herrn
Heinz-Josef Borgmann
Waldring 88

4630 Bochum 1

Ihr Zeichen/Ihr Schreiben vom 02.02.80 — Mein Zeichen (Bei Antwort bitte angeben) 33 — Tag 20. Februar 1980

Übermittlung personenbezogener Daten von der Meldebehörde an die Polizei

Sehr geehrter Herr Borgmann,

der Polizeipräsident in Bochum hat zu keiner Zeit sämtliche personenbezogenen Daten, sondern lediglich einen verkürzten Datenumfang erhalten.

Bei der Zusammenarbeit der Meldebehörden mit der Polizei, insbesondere bei der Übermittlung von Daten, erfüllen die Meldebehördeneine ihnen nach dem Melderecht obliegende Aufgabe. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben, Straftaten zu verfolgen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, benötigt die Polizei auch Daten aus dem Melderegister.

Aus diesem Grunde hat der Innenminister NW mit Erlaß vom 08.02.1980 das bei mir angewandte Verfahren für zulässig erklärt, bis der Polizeipräsident in Bochum die Möglichkeit hat, durch eine Datenstation die erforderlichen Daten (rund um die Uhr) aus dem automatisierten Melderegister abzufragen.

Die Daten, die nach dem derzeitigen Stand an die Polizei übermittelt werden, habe ich in der beigefügten Anlage aufgeführt.

Mit freundlichen Grüßen
I. A.

Pfordt

Kontaktbereichsbeamte in Nürnberg

Den folgenden Beitrag entnahmen wir dem Plärrer Nr. 3:

"Schutzmann, Beichtvater, Seelsorger . . ."

Bei den Kontaktbereichsbeamten handelt es sich um "besonders erprobte, bewährte und aufgeschlossene Polizeibeamte, die für ihre neuen Aufgaben noch eine zusätzliche Ausbildung erhielten"(2).

So erscheint voraussichtlich ab nächstem oder übernächstem Jahr, in all unseren Lebensbereichen nunmehr einer dieser "neuen, bürgernahen Typen von Polizisten", ein "Schutzmann, Beichtvater, Seelsorger und einfach Obrigkeit in einer Person, ein Volkspolizist in des Wortes wahrer Bedeutung", der "abwechselnd den drohenden Zeigefinger des Gesetzeshüters und die helfende Christopherushand" (3) aus der Hosentasche zu ziehen versteht.

Nachdem dieses Konzept wahrlich "praktizierter Bürgernähe" schon seit geraumer Zeit in der Landeshauptstadt bewährt ist, soll bis zum Jahr 1980 die Bevölkerung im ganzen Land in den Genuß der gleichsam "die Sicherheit verkaufenden Vertreter" (4) gelangen, deren reizvolle Angebote vom Bürgerservice über Verbrechensbekämpfung und Gefahrenabwehr bis hin zur Verkehrsüberwachung reichen.

Durch freundliche Hallos stets auf dem Laufenden

Dieser Funktion können die Kobs jedoch nur dann gerecht werden, wenn sie von uns akzeptiert und vertrauensvoll in unser tägliches Leben einbezogen werden. Es kann selbstverständlich nur wirksam gegen nächtliche Ruhestörung, Parolenschmieren und das Pinkeln in Briefkästen eingeschritten

werden, wenn der Kob bei seinen vielen freundlichen Hallos und kleinen Geplänkeln stets auf dem Laufenden gehalten wird, wer es gewesen sein könnte, wenn etwas geschieht.

Es wäre jedoch weit gefehlt, nun etwa zu der Auffassung zu gelangen, es handle sich bei den Beamten um einen Polizeispitzel. Zwar weiß auch die Polizei, "daß seine Aufgabe sehr schnell, wenn nicht das entsprechende Fingerspitzengefühl vorhanden ist, als ein Schnüffeldienst verstanden werden kann", (5) aber er hat ja nur Interesse, Leute auszuforschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder sonst etwas zu verbergen haben. Zudem ist schon seine "allgemeine Präsenz präventivpolizeilicher Art. Wir wissen, und das ist eine rein menschliche Seite, wenn man den Polizeibeamten in Uniform eben in der Nähe stehen sieht, wird man weniger geneigt sein, die Gesetze zu betreten". (6)

"Er wird zwar auch unablässig polizeilich relevante Ereignisse und Tendenzen registrieren und diagnostizieren, ... jedoch ist die kleinliche Handhabung von Bestimmungen dem Gemeinwohl nicht dienlich". Sie können also damit rechnen, daß auch ein Parkvergehen nicht gleich kleinlich geahndet wird, wenn Sie ein freundliches Verhältnis zu ihrem Kob finden und ihm bei seiner schweren Tätigkeit auch ein wenig entgegenkommen.

In Nürnberg 80 Kontaktbereiche

In dieser oder ähnlicher Manier wurden bis dato allenthalben die Kobs in deutsche Groß- und mittlerweile auch Kleinstädten eingeführt.

Für Nürnberg wird mit ca. 80 Kontaktbereichen gerechnet, die aber aufgrund personeller Schwierigkeiten – es fehlen Beamte im geeigneten Alter – nicht auf einmal besetzt werden können. Jedoch zeigen die Erfahrungen aus München, dessen Modellversuche als Vorbild herangezogen werden, daß man die Kobs vorrangig in Stadtvierteln eingenistet hat, deren Struktur durch Industriebetriebe, Arbeiterwohnsiedlungen, Hochhausgebiete mit hoher Wohndichte und grosser Anonymität gekennzeichnet ist.

Objekte:
vorzugsweise Jugendliche, Ausländer, Arbeitslose . . .

Im so strukturierten Münchner Norden wurden 1971 auch die Jugendpolizisten in Zivil erstmalig unter dem Vorwand des "Rocker-Unwesens" eingeschleust, um alle Aktivitäten der Jugendlichen unter Kontrolle zu bekommen und möglichst viele Informationen zu sammeln, die dann auf den Inspektionen und beim Kriminalkommisariat 132 eingespeichert wurden.

Nachdem sie erfolgreich etliche Jugendliche ins Gefängnis gebracht hatten, " . . . hat man sie auch weiterhin als Jugendkontaktbereichsbeamte beibehalten, und ihre im wahrsten Sinne des Wortes vornehmste Aufgabe ist es, nicht die verschiedenen Jugendgruppen auseinanderzubringen, sondern wirklich Jugendarbeit zu leisten" (8)

Es ist abzusehen, daß Nürnberg aus den Münchner Kob- und Jupo-Erfahrungen lernen und die Beamten entsprechend schwerpunktmäßig verteilen wird.

Demnach sind auch bestimmte Personengruppen auserkoren, in den Genuß des viel propagierten "Bürgerservice" zu kommen: vorzugsweise Jugendliche, Ausländer, Arbeitslose, aber auch alte Leute und Kinder, die für ein nettes Pläuschchen am empfänglichsten sind.

Die Bereitschaft zu helfen, zu beraten, auf Fragen und Probleme einzugehen, mit der die Kobs ausgesandt werden, um den Leuten unter dem Deckmäntelchen "praktizierter Bürgernähe" auf den Pelz zu rücken, verfolgt indes ganz konkrete Zwecke, nämlich die Effektivierung der polizeilichen Aufgaben und die Perfektionierung der Überwachung.

Auch Partei- und Gewerkschaftsbüros sind zu überwachen

Denn sie sind ausdrücklich nicht "Sozialingenieure", sondern gehalten, ihre Hilfsbereitschaft nicht unnütz zu verschwenden, "d.h. in jedem Fall wird von ihnen erwartet, daß sie den Wünschen des Bürgers nachkommen", aber nur, "soweit es eben ihre sonstigen polizeilichen Aufgaben und Notwendigkeiten zulassen". (9) Und um welche Aufgaben es sich handelt, wird im Heft "Die Polizei" am unverschleiertsten beschrieben: "Er hat die Aufgabe, durch ständige Verbindung zur Bevölkerung Erkenntnisse für das polizeiliche Handeln im Abschnitt, für die Lageauswertung in der Direktion und für den Bereich Verbrechensbekämpfung zu gewinnen. Er hat polizeilich wesentliche Brennpunkte zu überwachen und bei Einsätzen in seinem Bereich mitzuwirken. Er ergänzt somit die polizeiliche Präsenz des Streifendienstes". (10) Laut Anweisung sind besonders enge Verbindung zu "polizeilich relevanten Personen" wie Hausmeistern, Gastwirten, Zeitungshändlern, Geschäftsleuten etc. zu halten. Daß hier neben Überprüfungen nach dem Meldegesetz u.ä. auch das Ausforschen der Verfassungstreue zu seinem Auftrag gehört, zeigt folgendes Beispiel: Ein über seinen Nachbarn ausgefragter Berliner bekam auf seine Frage nach dem Grund für das Interesse des Kob zur Antwort: "Es geht um eine Bewerbung, Sie verstehen schon". (11)



GUTEN TAG FRAU JUTTA BRÜCKMANN, GEB. NOWACK, GEBOREN 18.4.1935, MIT 5 JAHREN MASERN UND SCHARLACH, VERKÄUFERIN, SEIT 1960 VERHEIRATET, 2 KINDER, DAVON EINES DURCH KAISERSCHNITT ENTBUNDEN, CDU-WÄHLERIN. ICH HABE EINEN EINGESCHRIEBENEN BRIEF FÜR SIE.

C by tomaschoff + éditions trèves

Aber auch "polizeilich relevante Objekte" wie Partei- und Gewerkschaftsbüros sowie "Stützpunkte der Neuen Linken" (12) sind zu überwachen.

Wozu diese Schnüffelei führen kann, zeigt folgendes Beispiel: Der Kob, den ganzen Tag in einem Reinickendorfer (Berlin-West) Wahllokal anwesend, erklärt bei der Auszählung der SEW-Stimmen: "Es müssen vier sein". Als es dann acht wurden, meinte er: "Da haben wir noch einige Aufklärungsarbeit zu leisten". (13)

Kob-Kartei für den Verfassungsschutz

Nach § 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz haben alle Behörden diesem Amt "unaufgefordert alles mitzuteilen, was unter Bestrebungen . . . gegen die demokratische Grundordnung (§ 1)" fällt.

Sehr hilfreich für solche Auskünfte ist die vom Kob zu erstellende Strukturkartei, in der alle Häuser, wichtige Personalien, Betriebe und oben genannte polizeilich relevante Objekte gespeichert werden. Diese Kartei ist jedem Beamten zugänglich.

Man kann sich vorstellen, was alles in diese Kartei wandert, wenn man bedenkt, daß die Kobs ihre Erkenntnisse und die Denunziation ihrer Kontaktpersonen selbst gewichten und einschätzen.

Überhaupt ist die Förderung des Denunziantentums, zu dem die Kobs die Bewohner animieren, eine der größten Gefahren der Einrichtung schlechthin. Denn Appelle an das Rechtsgefühl und das staatsbürgerliche Pflichtbewußtsein in Verbindung mit emotionalen Antrieben wie Statuskonflikten, Neid und Mitteilungsbereitschaft lassen sich prächtig für solche Zwecke ausnützen. Nicht umsonst werden die Beamten in Psychologie geschult.

Optimale Überwachung durch Kontaktbeamte und Computer

Die Kobs sind als Schutzpolizisten durch Sprechfunkgeräte an das zentrale Datenerfassungs- und Auswertungssystem (EDV-Anlage) angeschlossen, sie können unkontrolliert ihre subjektiv gewichteten Erkenntnisse zur Speicherung weitergeben und alle gespeicherten Fakten jederzeit abrufen. Welche Dimension diese Datensammlungen gewinnen, zeigt eine zukunftsweisende Aussage des Berliner Polizeipräsidenten Hübner:

"Bemerkenswerte Vorschläge gehen dahin, daß die Kriminalpolizei künftig auch Erkenntnisse aus fremden Datensammlungen gewinnen können soll . . . Unter anderem ist dabei an folgende Einrichtungen gedacht: Arbeitsämter, Krankenkassen, Finanzämter, Vollzugsanstalten, Pfandleihbetriebe, Kreditschutzeinrichtungen. Als ich übrigens kürzlich gemeinsam mit dem Präsidenten des BKA, Herrn Dr. Herold, an dem neuesten imposanten und neiderweckenden Neubau der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin vorbeifuhr, konnte es eigentlich gar nicht ausbleiben, daß lebhafte Assoziationen über die Möglichkeiten eines Verbundes des elektronischen Datennetze dieser Anstalt mit den Möglichkeiten der Polizei auftraten. Auch dies dürfte künftiger Überlegungen wert sein". (14)

Resumee: Die Institution des Kob ist Ausdruck des Bemühens , verstärkt im Vorfeld des polizeilichen Einsatzes tätig zu werden und durch zunehmende Kontrollmaßnahmen auch der polizeilich weniger erfaßten Bereiche die polizeiliche Prävention zu verbessern. Der Kob im Stadtteil und ein zur technischen Perfektion gereiftes Computer-System in den Schaltzentralen polizeilicher Macht bedeuten eine Einladung zum Mißbrauch staatlicher Gewalt.

Brigitte Ehmer

Quellennachweis:
Zitate 4), 5), 6), 8), 9) von Herrn Leiendecker auf einer Veranstaltung der ESG Nürnberg dieses Jahr mit zwei Vertretern des Polizeipräsidiums und dem Polizei-Arbeitskreis.
2) Kreuzberger Echo, Dez. 76
3) Die Welt, 26.11.77
7) Die Zeit, 5.5.78
10) Die Polizei, Heft 3/74
11) Tagesspiegel (Berlin), 26.1.78
12) Die Zeit, 5.5.78
13) Tagesspiegel, 21.3.78
14) Hübner, Referent vor dem BKA auf einer Arbeitstagung vom 3. – 7.11.75, Schriftenreihe des BKA Seite 54

Kontaktadresse:
Arbeitskreis gegen Polizeigesetze und Überwachungsstaat
Brigitte Ehmer
Nürnberg, Dianastr. 104

BERLIN

DESHALB HABEN WIR . . . HABEN WIR DAS NICHT . . . HABEN WIR ANONYM GEFRAGT, DAS HEISST . . . ANONYM NICHT NATÜRLICH...

Interview mit einem hohen Beamten des Berliner Senats

Don Camillo/ID: Es geht um folgendes : Sie haben auf ihren Fragebögen angegeben, eine Befragung zur "Verkehrssituation" durchführen zu wollen. Wir hätten gern gewußt, was Sie unter "allgemeiner Verkehrssituation" konkret meinen und was sie unter "einem wesentlichen Beitrag für weitere Planungen im sozialen Bereich" verstehen?

Senatsbeamter: Also: Wenn Sie die Fragebögen nochmal untersuchen, werden Sie finden, daß vier Fünftel von den Fragen identisch sind. Es gibt einen Bereich, der neu ist dabei und dies ist das Manko, weshalb wir überhaupt das durchgeführt haben. Sämtliche Verkehrsbefragungen, bisher ist nie nachgefragt worden, ob es denn wirklich verkehrlich Behinderte gibt. Wenn ja, in welcher Größenordnung? Und wir haben nun versucht, in Ergänzung in diesen Fragebögen ein paar Fragen hineinzunehmen, die genau in diese Zielrichtung hineinstoßen. Weil verkehrlich Behinderter sehr breit gefaßt werden muß, vom Selbstverständnis her. . . Das kann vom klassischen Körperbehinderten reichen bis hin zum Älteren, der sich schlecht bewegen kann, über die Mutter oder den Vater mit Kinderwagen.

Der Senator für Arbeit und Soziales | **BERLIN**

Der Senator für Arbeit und Soziales An der Urania 4-10, D-1000 Berlin 30

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürger,

wie ich Ihnen bereits in der vorigen Woche angekündigt habe, führe ich derzeit eine Befragung durch, mit der Aufschlüsse über die allgemeine Verkehrssituation erzielt werden sollen. Ihre Angaben sind ein wesentlicher Beitrag für weitere Planungen im sozialen Bereich.

Ich bitte Sie deshalb, den Fragebogen auszufüllen und in dem beiliegenden frankierten Briefumschlag an meine Adresse zurückzusenden. Bitte beteiligen Sie sich an der Befragung auch dann, wenn Sie z. B. aus Altersgründen selten ein Verkehrsmittel benutzen oder aus anderen Gründen meinen, daß Sie nur wenig zu der Untersuchung beisteuern können. Auch diese Angaben sind für meine weiteren Überlegungen sehr bedeutsam.

Nähere Erläuterungen und Hinweise zur Beantwortung des Fragebogens finden Sie auf der folgenden Seite.

Selbstverständlich werden alle Ihre Angaben vertraulich behandelt und für keinen anderen Zweck verwendet als für eine anonyme statistische Auswertung.
Die Bearbeiter des von mir mit der Durchführung der Befragung beauftragten Instituts sind zur Wahrung der Anonymität aller Angaben entsprechend dem Berliner Datenschutzgesetz verpflichtet.

Ich bitte Sie noch einmal, mich bei der Befragung zu unterstützen. Für Ihre Mitarbeit und Bemühungen danke ich Ihnen im voraus bestens.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Olaf Sund

Olaf Sund

Der Senator für Arbeit und Soziales | **BERLIN**

Der Senator für Arbeit und Soziales An der Urania 4-10 D-1000 Berlin 30

Befragung zur Verkehrssituation

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens

- Der Fragebogen besteht aus einem **Bogen für den Haushalt** und einem **Bogen für jeweils eine Person.**
- **Die Fragen zum Haushalt** werden von einem Haushaltsmitglied stellvertretend für alle beantwortet.
- Insgesamt stehen **5 Personenbogen** zur Verfügung. **Jedes Haushaltsmitglied beantwortet einen Personenbogen.** Nur, wenn ein Haushaltsmitglied nicht in der Lage ist, selbst auszufüllen, übernehmen Sie das bitte stellvertretend.
- Leben Sie allein, so beantworten Sie bitte die **Fragen zum Haushalt** und den **1. Bogen Fragen zur Person (älteste Person).** Die zweite Person im Haushalt beantwortet den **2. Bogen (zweitälteste Person),** und so weiter.
- **Beantworten Sie bitte alle Fragen vollständig.**
- Kreuzen Sie jeweils an, was für Sie zutrifft ☐ oder schreiben Sie Ihre Antwort auf die vorgesehene .... Linie.
- Sollten Sie Fragen beim Ausfüllen des Fragebogens haben, so können Sie uns **montags bis freitags von 10.00–19.00 Uhr** unter den Telefonnummern erreichen:

882 70 51 bis 55

Wir bitten Sie um Rücksendung der Unterlagen in dem beiliegenden Freiumschlag bis:

Montag, den 10. 3. 1980

Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß alle Ihre freiwilligen Angaben selbstverständlich streng vertraulich und gemäß den Bestimmungen des Berliner Datenschutzgesetzes behandelt werden. Ihre Angaben dienen ausschließlich einer anonymen Auswertung im Rahmen dieser Untersuchung.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und für Ihre Mitarbeit!

Sind denn diese Behinderten nicht schon irgendwo gemeldet, Sozialämtern oder so?

Naja, dann hätten wir ja nicht fragen müssen. Es gibt keine Statistik über Behinderte. Es gibt zwar die Ausfallstatistik, die jetzt auch mit dem Austausch neuer Ausweise aufgearbeitet wird, aber verkehrlich Behinderte, also bitteschön, beschränken Sie das nicht auf den Nur-Behinderten, die sind zur Zeit nicht bekannt. Es gibt zwar Vermutungen darüber, daß das so um die zehn Prozent sein sollen, aber genaue Größenordnungen haben wir nicht.

Nach welchen Kriterien sind denn die 65.000 Bürger ausgesucht worden?

Wir haben all diejenigen im Zufallsverfahren genommen, die älter sind als siebzehn Jahre. Diejenigen, die erwachsen sind, sind aus diesem großen Topf herausgenommen worden und dort im Zufallsverfahren, so daß die Ergebnisse repräsentativ für das Land Berlin sein werden.

Damit hängt eine Verkehrsplanung zusammen, wie Sie sagten?

Eine Verkehrsplanung auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch die Einschätzung: was müssen wir im Bereich Sonderfahrdienste oder bauliche Maßnahmen für den verkehrlich Behinderten machen, so daß die gesamte Spannbreite nicht nur in die Richtung Verkehr und öffentlicher Personenverkehr geht, sondern auch in die Richtung baulicher Maßnahmen. Dies bezieht sich ja auch auf die Frage von Fahrstühlen, welche Wohnungen sind damit ausgestattet, wie hoch liegt die Wohnung beispielsweise und wie alt ist der Behinderte und wie groß ist seine Mobilität.

Fragen zur Person

älteste Person

1 Vorname .... (bitte angeben)

2 Welche Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel können Sie von Ihrer Wohnung zu Fuß erreichen?
Wieviel Minuten gehen Sie bis zu dieser Haltestelle?

Haltestelle zu Fuß zu erreichen?	Nein	Ja	Wenn ja: Dauer des Fußweges?
Bus	☐	☐ →	ca. ...... Min.
U-Bahn	☐	☐ →	ca. ...... Min.
S-Bahn	☐	☐ →	ca. ...... Min.

3 Wie beurteilen Sie die Dauer des Fußweges von Ihrer Wohnung bis zur Haltestelle?

	kurz	mittel	lang	Kann ich zu Fuß nicht erreichen
Bus	☐	☐	☐	☐
U-Bahn	☐	☐	☐	☐
S-Bahn	☐	☐	☐	☐

4 Wie oft benutzen Sie die folgenden Verkehrsmittel?
(Bitte für jedes Verkehrsmittel nur einmal ankreuzen)

	täglich	mehrmals pro Woche	etwa einmal pro Woche	einmal im Monat	weniger als einmal pro Woche, aber mehrmals im Monat	seltener als einmal im Monat	benutze ich nicht
Bus (BVG)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
U-Bahn	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
S-Bahn	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Taxi	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
PKW	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
.... Sonstige	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

5 Bereitet Ihnen die Benutzung der genannten Verkehrsmittel Schwierigkeiten?
(z. B. beim Erreichen der Haltestelle oder beim Einsteigen)

	nein, keine Schwierigkeiten	ja, geringe Schwierigkeiten	ja, große Schwierigkeiten	kann ich alleine nicht benutzen
Bus (BVG)	☐	☐	☐	☐
U-Bahn	☐	☐	☐	☐
S-Bahn	☐	☐	☐	☐
Taxi	☐	☐	☐	☐
PKW	☐	☐	☐	☐

Nennen Sie bitte Ihre Schwierigkeiten: ....

Bitte umblättern →

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen für alle Haushaltsmitglieder.
Die Angabe des Vornamens dient nur der Zuordnung zu Ihrem Personenbogen.

Personen Geben Sie bitte zunächst die **Vornamen** aller Haushaltsmitglieder an. Bitte beachten Sie dabei die vorgegebene Reihenfolge		1 älteste Person .... (Vorname)	2 zweit-älteste Person .... (Vorname)	3 dritt-älteste Person .... (Vorname)	4 viert-älteste Person .... (Vorname)	5 fünft-älteste Person .... (Vorname)
Alter (bitte eintragen)	in Jahren	......	......	......	......	......
Geschlecht (bitte ankreuzen)	männlich	☐	☐	☐	☐	☐
	weiblich	☐	☐	☐	☐	☐
Familienstand	ledig	☐	☐	☐	☐	☐
	verheiratet	☐	☐	☐	☐	☐
	verwitwet	☐	☐	☐	☐	☐
	geschieden	☐	☐	☐	☐	☐
Bisher erreichter allgemeiner Schulabschluß	kein Schulabschluß	☐	☐	☐	☐	☐
	Volks-/Hauptschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Realschule, Mittlere Reife	☐	☐	☐	☐	☐
	Hochschul-/Fachhochschulreife	☐	☐	☐	☐	☐
Bisher erreichter berufsbildender Schulabschluß	kein Schulabschluß	☐	☐	☐	☐	☐
	Handelsschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Berufsschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Berufsfachschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Fachoberschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Fachhochschule	☐	☐	☐	☐	☐
	Hochschule (einschl. Lehrerausbildung)	☐	☐	☐	☐	☐
Führerschein	nein	☐	☐	☐	☐	☐
	ja ↓	☐ ↓	☐ ↓	☐ ↓	☐ ↓	☐ ↓
	Führerscheinklasse(n) (bitte angeben)					
Personen		1	2	3	4	5

Haben Sie schon einen Überblick, wieviel Fragebögen zurückgekommen sind?

Nach dem Stand vom letzten Freitag waren es 42 000 Fragebögen.

42 000? Das sind etwa zwei Drittel. Sind die Bürger verpflichtet, die Fragebögen zu beantworten?

Nein. Es gibt auf dem Fragebogen extra einen Hinweis, daß dies freiwillig ist.

Warum haben Sie diese Aktion anonym gemacht?

Das hängt so mit dem Datenschutz und der Zielrichtung unserer Befragung zusammen. Wenn wir solche Befragungen auswerten, dauert es ein halbes Jahr, so daß wir dem Einzelnen sowieso nicht mehr helfen können, wenn man das mal ganz konkret als Einzelleistung sieht, und auf der anderen Seite interessiert mich eigentlich mehr der generelle Aspekt, also wie soll man das mal beschreiben, die Großwetterlage. Ich bin ja hier in der Hauptverwaltung tätig, während die Bezirksverwaltung die konkrete Einzelversorgung haben.

Und deshalb haben wir ... haben wir das nicht ... haben wir anonym gefragt, das heißt, haben ... anonym nicht natürlich ... wenn man dies echt machen wollte, wäre es identifizierbar. Aber vom Verfahren her ist die Einzelperson nicht rekonstruierbar.

Ich weiß nicht. Ich bin mir da nicht so sicher. Also wenn ich mir die Computertechnik zum Beispiel anschaue, es gibt Adresskarteien, wenn man die, nehmen wir mal theoretisch an, diese einspeichert, dann sämtliche Informationen dazugibt. ...

Nein, halt, halt, halt. ... Das ist der erste Bruch. Wir haben ja versucht, das heißt nicht nur versucht. Wir haben ja auch ganz konsequent durchgehalten. Es gibt bei uns das Landesamt für elektronische Datenverarbeitung. Das ist also vergleichbar, ja mit dem, ich weiß nicht, wie das jetzt in Frankfurt ist, na früher war das die Einwohnerkartei, das Einwohnermeldewesen. Die verfügen über das Adressband und geben das nicht raus. Und dies ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte, obwohl ich eigentlich die Genehmigung hätte, das selbst zu haben und weiterzugeben. Interessiert mich gar nicht. Die sollen ihre Adressen machen und kriegen von mir die Fragebögen nochmal zurückgeliefert, aber nur um die Code ... um die Nummern, die Übertragungsnummern nochmal aufzutragen und dann festzustellen, die und die brauchen wir nicht mehr erinnern. Die Fragebögen wandern dann weiter zur "Studiengesellschaft Nahverkehr", die dann die Auswertung der Befragung vorbereitet und auch durchführt, so daß wir echt zwei Institutionen haben, die nichts miteinander zu tun haben. Das eine: Landesamt für elektronische Datenverarbeitung, eine kommunale Einrichtung und die Studiengesellschaft für Nahverkehr, na wie soll ich sie beschreiben, so nen Forschungsladen, also jemand, der Befragungen kriegt und durchführt.

Sie sagten, es ist anonym. Aber was wollen Sie mit den Informationen anfangen, wenn Sie nicht wissen, wo der einzelne Bürger wohnt? Um eine Verkehrsplanung durchzuführen, wäre diese Information sinnlos.

Also, wenn ich nur wüßte, in Berlin sitzen 10 % verkehrlich Behinderte, kann ich nichts mit anfangen, da haben Sie völlig recht. Ich kann zwei Sachen damit — und das werden wir auch tun —: Gesamt—Berlin ist in 188 Verkehrszellen aufgeteilt,

Reihenfolge der Personen wie auf der Seite vorher		1 älteste Person	2 zweit-älteste Person	3 dritt-älteste Person	4 viert-älteste Person	5 fünft-älteste Person
Angaben zur Berufssituation (Mehrfach-antworten möglich)	**nicht erwerbstätig, da**					
	noch nicht schulpflichtig	☐	☐	☐	☐	☐
	Schüler, Student	☐	☐	☐	☐	☐
	erwerbsunfähig	☐	☐	☐	☐	☐
	seit mehr als 6 Monaten krank	☐	☐	☐	☐	☐
	arbeitslos/ arbeitssuchend	☐	☐	☐	☐	☐
	Hausfrau	☐	☐	☐	☐	☐
	Altersrentner/ Pensionär	☐	☐	☐	☐	☐
	zur Zeit erwerbstätig					
	unter 20 Std. in der Woche	☐	☐	☐	☐	☐
	20 Std. und mehr in der Woche	☐	☐	☐	☐	☐
	zur Zeit tätig als					
	Facharbeiter, Geselle, Vorarbeiter	☐	☐	☐	☐	☐
	sonstiger Arbeiter	☐	☐	☐	☐	☐
	Angestellter	☐	☐	☐	☐	☐
	Auszubildender (Lehrling)	☐	☐	☐	☐	☐
	Beamter, Beamtenanwärter	☐	☐	☐	☐	☐
	Selbständiger, Freiberuflicher	☐	☐	☐	☐	☐
	Mithelfender Familienangehöriger	☐	☐	☐	☐	☐
Hat ein Haushaltsmitglied aufgrund einer **gesundheitlichen oder körperlichen Beeinträchtigung** den Beruf oder die Stellung im Beruf gewechselt?	ja	☐	☐	☐	☐	☐
	Nein	☐	☐	☐	☐	☐
Hat ein Haushaltsmitglied eine gesundheitliche oder körperliche Beeinträchtigung?	nein	☐	☐	☐	☐	☐
	ja, vorübergehend	☐	☐	☐	☐	☐
	ja, bleibend	☐	☐	☐	☐	☐
Wer hat diesen Fragebogen ausgefüllt?		☐	☐	☐	☐	☐

Bitte lassen Sie jetzt die jeweiligen Fragen zur Person beantworten:

für die älteste Person den Personenbogen 1, für die zweitälteste Person den Personenbogen 2, ...

Fragen zum Haushalt

Zum Haushalt gehören alle Personen, Sie selbst mit eingeschlossen, die ständig mit Ihnen zusammenleben!

1 Wieviele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst mit eingeschlossen?
(bitte eintragen)

Anzahl der Personen insgesamt ....
davon
Personen unter 6 Jahren ....
Personen von 6 bis unter 18 Jahren ....
Personen von 18 bis unter 60 Jahren ....
Personen von 60 Jahren und älter ....

2 Wieviele PKW/PKW-Kombi stehen Ihrem Haushalt zur privaten Nutzung zur Verfügung?
(zutreffendes bitte ankreuzen)

— kein PKW ☐
1 PKW ☐
2 PKW und mehr ☐

3 Mit wem wohnen Sie zusammen?

mit meiner Familie ☐
mit Freunden, Bekannten ☐
ich wohne allein ☐

4 Beurteilen Sie, wann etwa das Haus, in dem Sie wohnen, gebaut wurde:

etwa vor 1918 ☐
etwa 1918 bis 1948 ☐
etwa nach 1948 ☐

5 Wieviel Stockwerke hat das Haus, in dem Sie wohnen?

nur Erdgeschoß ☐
1 Stockwerk ☐
2 Stockwerke ☐
3–4 Stockwerke ☐
5 und mehr Stockwerke ☐

6 Wie beurteilen Sie die Bebauung in Ihrer Wohnumgebung?

Wohngegend mit Einzelhausbebauung im Grünen ☐
Wohngegend mit aufgelockerten Häuserfronten mit Grün durchsetzt ☐
Wohngegend mit geschlossenen Häuserfronten: ☐
mit Seitenflügeln bzw. Quergebäuden ☐
ohne Seitenflügel bzw. Quergebäude ☐

7 Wohnen Sie in einem Wohnheim oder einer ähnlichen Einrichtung?

ja ☐
nein ☐

8 Vor wieviel Jahren ist der Haushalt in die jetzige Wohnung eingezogen?
(Angabe für das am längsten hier wohnende Haushaltsmitglied)

Vor .... Jahren
(bitte angeben)

an denen sich auch Planungen orientieren, in sehr unterschiedlicher Art und Weise, ob das nun die Bereiche der Buslinien sind oder Verkehrsentwicklungsplanung insgesamt ist. Diesen Verkehrszellen werden wir nochmal die entsprechenden Adressen ohne Namen zuordnen — dies gleich dazu gesagt — Weder Vor- und ohne Nachnamen. Daß wir dann mit 188 unterschiedlichen Verkehrszellen schlicht einfach Planungsdefizite festschreiben können, so daß man dann in einer anderen Form in diese Verkehrszellen hineingehen könnte und sagen, okay, da fehlt das und das insbesondere. Das ist die eine Schiene.

Auf der anderen Seite reicht es mir aus, wenn ich mal insgesamt die Anzahl derjenigen weiß, die verkehrlich behindert sind. Dann kann ich nämlich nachfassen, okay? Wie weit ist denn dies überhaupt mit der Sozialstruktur des Landes zu vergleichen, wo sind die größten Defizite in der Sozialstruktur und das wird allerdings dann ne Arbeit, wo wir, ich schätze insgesamt ein halbes bis dreiviertel Jahr noch einmal nachfieseln müssen, um dann vernünftige und brauchbare Planungshypothesen auch nicht nur von Qualität, sondern auch von Quantität beschreiben können.

Jeder Berliner Bürger, soweit was bekannt ist, hat eine Personenkennummer. ...

Soweit ich weiß, gibt's die nicht.

Gibt's die noch nicht?

Nein, weder noch, also da bin ich jetzt überfragt. Soweit ich weiß, gab es mal Bestrebungen dazu, diese einzuführen, Personenkennziffer, soweit ich dann aber weiß, ist das abgebrochen worden, weil dies zu viele Querverbindungsmöglichkeiten zugelassen hätte, aber da bitte ich Sie einfach, die Innenverwaltung nochmal zu fragen, weil ich darüber nicht informiert bin.

Auf diesen Fragebögen, so ist uns bekannt, wurden aber auch Codenummern aufgedruckt, so daß uns doch einige Zweifel wegen der Anonymität kamen. Man könnte doch Rückschlüsse ziehen, da auch der Vornamen angegeben wird, Berufe, Alter usw.

Ja, wenn Sie jetzt einmal umrechnen, die 188 Verkehrszellen, die sehr, sehr unterschiedlich groß sind, die größte hat, glaube ich 30 000 Einwohner und die kleinste hat wohl etwas über 3 000 oder 3 300. Also zumindest erheblich über die der Größenordnung von 30, die ja als kleinste Einheit überhaupt befragt werden darf, so als Regel jetzt gilt. Das ist erheblich darüber, so daß wir, gut, wenn man sich jetzt diese Mühe machen würde und 3 000 Leute in der kleinsten Einheit mal alle nach Vornamen mal abzuklappern und zu sagen, okay, so und so, dann könnte man dies natürlich rekonstruieren, aber ich könnte mir keinen vorstellen, der sich diese Mühe machen würde.

Der Computer zum Beispiel, das wäre ne Kleinigkeit. ...

Ja, na gut, also wenn sich jetzt mal jemand hinsetzt und sagt, okay, ich nehm meine klassischen Daten, die ich habe, über Haushaltsgröße und sowas nehm ich nochmal zu, naja, gut ...

Ja, sehen Sie nicht auch eine Gefahr, also daß zum Beispiel die Intimsphäre des Bürgers verletzt wird, die ja laut Grundgesetz zu schützen ist? Und wie verträgt sich das mit dem Datenschutzgesetz?

Ja, mit dem Datenschutzgesetz hat uns der Berliner Datenschutzbeauftragte eine Woche lang geprüft und hat jetzt am Montag eine Presseveröffentlichung herausgegeben.

"Wie berichtet, führt die Studiengesellschaft Nahverkehr —SNV — mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr im Auftrag des Senators für Arbeit und Soziales eine Fragebogenaktion durch, zu dem Ziel, zuverlässige Aussagen über die sozialen Anforderungen an die Ausgestaltung des Nahverkehrs zu gewinnen. Um eine repräsentative Grundlage zu halten, wurden 65 000 Berliner Anschriften im Stichprobenverfahren aus dem Einwohnerdatenbestand ermittelt. Die SNV wählte die Form der Fragebogenaktion nach dem Vorbild bereits abgeschlossener Großbefragungen. Aufgrund der gestiegenen Sensiblisierung der

Berliner für den Datenschutz haben sich, wie die Presse bereits Montag mitgeteilt, zahlreiche Bürger an den Berliner Datenschutzbeauftragten Dr. Kerkau gewandt. Sie bezweifelten insbesondere, daß die zugesagte Anonymität gewahrt bleibt, da sie per Computer bereits erinnert wurden. Nach einer Information bei den beteiligten Stellen, einer Kontrolle des Rechenzentrums beim Landesamt für elektronische Datenverarbeitung, das das Anschriftenband verwahrt, und der zuständigen Senatsdienststelle, hat Dr. Kerkau am 5. März 1980 festgestellt: die Anonymität der Befragten ist bislang gewahrt. Die Verwahrung des Anschriftenbestandes und der Fragebögen ist getrennt, und daher konnte es in einigen Fällen auch vorkommen, daß Bürger erinnert wurden, die den Bogen bereits abgegeben hatten. Das Ergebnis der Überprüfung von Dr. Kerkau sowie die Vorschläge für das weitere Vorgehen wurden am 6. und 7. März mit allen Beteiligten beim Senator Sund erörtert. In dem Gespräch wurde in Hinblick auf den Datenschutz Übereinstimmung über das weitere Verfahren erzielt, die Versendung der Erinnerungskarten wird so schnell wir möglich gestoppt, um dem Mißverständnis vorzubeugen, die Fragebogenaktion sei nicht freiwillig. Dis ist mittlerweile passiert. Die Namen auf dem Anschriftenband werden in vierzehn Tagen gelöscht, so daß ein Zugriff auf die Namen absolut ausgeschlossen ist. . .

Also Name, Vorname. Da habe ich heute gerade die Anweisung rausgeschrieben. Die wird morgen dort eintreffen. Das Restband wird nur verwendet, um die erhobenen Daten 188 verkehrlichen Gebieten, sogenannten Verkehrszellen, zuzuordnen und danach unverzüglich gelöscht, das ist heute auch raus.

„Der Datenschutzbeauftragte wird sich vergewissern, daß entsprechend verfahren wird und die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen gewährleistet sind. Mit den Beteiligten wurde vereinbart, daß die aufgetretenen Datenschutzfragen auch für zukünftige sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben generell ausgewertet werden."

Vielen Dank. Zum Schluß noch eine letzte Frage: Im Rahmen der Amtshilfe könnte Ihre Behörde auch verpflichtet werden, diese Daten weiterzugeben, abgesehen von den Anweisungen des Datenschutzbeauftragten und so, also wenn zum Beispiel die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Konkret:

Können Sie es ausschließen, die gesammelten Informationen, die Sie jetzt noch haben, im Rahmen einer Rasterfahndung dem Bundeskriminalamt zur Verfügung zu stellen?

Also, ich bin kein Datenschutzexperte und weiß nicht, ob das rechtlich möglich ist. Ich habe das bisher nur so verstanden, daß ich jetzt ja als Verwalter, wenn Sie so wollen, auf ein Band einer anderen Verwaltung zugegriffen habe und da eine Unmenge von Auflagen habe erfüllen müssen, um sicherzustellen, daß damit soweit als möglich kein Mißbrauch getrieben wird. Mit diesen Auflagen, die mir da erteilt worden sind, bin ich der theoretische Eigentümer des Bandes geworden, in der Praxis habe ich dies aber abgelehnt, weil mir dies einfach zu brisant ist. Lassen Sie das Band nur irgendwo mal kopieren oder klauen, dann sitz' ich ganz schlimm in der Tinte drin. Deshalb habe ich es bei der Institution Landesamt für Elektronische Datenverarbeitung gelassen. So, und jetzt müßte mir, wenn Sie so wollen, als Eigentümer oder Besitzer - fragen Sie mich jetzt nicht, was da richtiger ist - müßte jemand mich anweisen, du mußt dieses Band für irgendwas zur Verfügung stellen.

Ja, also eine höhere Dienststelle, der Senator selber zum Beispiel.

Ja, nur kann ich mir das nicht vorstellen, daß der sowas macht... insbesondere deshalb, weil wir auf den Fragebögen, auf dem Anschreiben, das auf den Fragebogen aufgedruckt ist, Anonymität zugesichert haben, Freiwilligkeit zugesichert haben und gleichzeitig zugesichert haben, daß es nur hierfür ausgewertet werden darf.

Ja, aber - Sie wissen ja, wie es so manchmal ist in gewissen Situationen, wie bei der Schleyer-Entführung, da ist es halt so brisant, daß es eventuell gemacht wird, daß im Rahmen der Amtshilfe Informationen weitergegeben werden...

Na ja, was haben sie davon, wenn die Namen und Vornamen nicht mehr drauf sind? Sowas kann ich mir im Augenblick nicht vorstellen...

1984

6 **Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich auf dem Hinweg zu:**

	kein Verkehrsmittel (zu Fuß)	Bus (BVG)	U-Bahn	S-Bahn	PKW	Sonstige Verkehrsmittel
zur Arbeitsstelle oder zur Schule/Hochschule	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zum täglichen Einkaufen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zu besonderen Erledigungen, Arzt, Behörde, . . .	☐	☐	☐	☐	☐	☐
zu Freizeitzwecken (Veranstaltungen, Kino, . . .)	☐	☐	☐	☐	☐	☐

7 **Wie oft haben Sie in der letzten Woche Wege oder Fahrten für folgende Erledigungen durchgeführt?**

(Bitte **alle** zutreffenden ankreuzen)

in der letzten Woche	1 mal	2 mal	3 mal und mehr
Einkaufen, z. B. Lebensmittel, . . .	☐	☐	☐
z. B. Kleidung, Hausrat	☐	☐	☐
Arzt, Klinik, Gymnastik, Therapie, . . .	☐	☐	☐
Behörde, Post, Bank, . . .	☐	☐	☐
Spazierengehen, Wandern	☐	☐	☐
Verwandten-/Bekanntenbesuch	☐	☐	☐
eigene sportliche Aktivitäten	☐	☐	☐
Versammlungen, Treffs (Club, Verein, Politik)	☐	☐	☐
Zuschauer bei Veranstaltungen (Sport, Konzert, Theater, Ausstellungen, . . .)	☐	☐	☐
Kino	☐	☐	☐
Sonstige Hobby-/Freizeitaktivitäten	☐	☐	☐
Besuch von Gaststätten, Cafés, Restaurants	☐	☐	☐
Kirche	☐	☐	☐
.... **Sonstige** bitte angeben	☐	☐	☐

8 **Fühlen Sie sich in einer oder mehreren der unten genannten körperlichen Funktionen beeinträchtigt?**

(Bitte **alle** zutreffenden ankreuzen)

Nein ☐

Ja, und zwar

	leicht	mittel	schwer
Funktion der Beine	☐	☐	☐
Funktion der Arme/Hände	☐	☐	☐
Sehen	☐	☐	☐
Hören	☐	☐	☐
Sprechen	☐	☐	☐
Ausdauer/Leistungsfähigkeit	☐	☐	☐
innere Organe	☐	☐	☐
Gleichgewicht	☐	☐	☐
.... **Sonstige** bitte angeben	☐	☐	☐

9 **Besitzen Sie einen Behindertenausweis?**

Nein ☐

Ja ☐

Ich wollte nur wissen, im Rahmen der Amtshilfe, ob es theoretisch möglich wäre. Also, wenn Sie davon entbunden werden und es übernimmt jemand anders die Verantwortung und die Sache ist dann geritzt.

Nee, das ist nun nicht möglich, denn nur der Senator könnte mich ja entbinden, dafür, daß ich etwas tue, was mir nicht passen würde.

Das setzt natürlich ein großes Vertrauen voraus vom Senator.

Wir haben da auch lang und breit darüber, über ein Jahr vorbereitet, daß wir das so dicht als möglich kriegen.

Gut, Herr... Ich hätte gern noch Ihren Namen und Ihren Dienstgrad, Ihre Funktion.

Also, lieb wärs mir, wenn Sie's nicht tun würden, aber ich sag's Ihnen trotzden, ich bin... und heiße...

In Ordnung, Herr... Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Hallo, tun Sie mir bitte einen Gefallen und veröffentlichen Sie nicht meinen Namen, es wäre mir nicht so recht...

Ist gebongt, Herr... Auf Wiederhören.

RADIO RADIKALINSKI

Wir schicken euch zwei Ergüsse, die wir — wir setzen uns ja nicht für jeden Scheiß an die Schreibmaschine — jetzt notwendig finden, denn z.B. mit dem was Radio Fledermaus so von sich gibt (gemeint ist das Papier von Radio Fledermaus, ID 320) sind wir, ansonsten solidarisch bis zum letzten Transistor, gar nicht einverstanden. Wir bitten euch, beide abzudrucken, auch wenn sie sich inhaltlich überschneiden.

Erstens

Piratensenderei hat Anschlagcharakter.
Wir wollen sowas wie Privatfunk nur, wenn jeder Mensch, der weniger als 1500 Mark netto im Monat verdient, einen Störsender mit mindestens 2 Kilowatt von der Post gestellt bekommt, und damit den Privatfunk stören kann, wenn er nicht gefällt.

Piratensenderei ist bei geschickter Anwendung nicht von staatlichen bzw. kapitaleigenen Institutionen angreifbar, d.h. setzt kurzfristig StGB, BGB und ähnlichen Blödsinn außer Kraft.

Piratensenderei hat ne Funktion als Störsender, als Sender bei Streiks und großen Demos, bei schleichenden und offiziellen Nachrichtensperren, bei Veranstaltungen, für den Knast. Das allgemeine Gerücht, ein Sender ist schnell für jeden Bastler in 40 — 50 Stunden Arbeit nachbaubar, halten wir für ziemlichen Blödsinn. Das erfordert nämlich schon eine Menge an Hochfrequenz — Bastelkenntnissen — praktischen! Störsender sind einfacher. Übrigens: auch Trägerwellen anderer Sender zu übernehmen ist Schwachsinn. Statt dessen sind Sender im Ausland käuflich zu erwerben, sie kosten maximal soviel wie ein neues Farbfernsehgerät.
Was gesendet wird, bestimmen die, die senden. Und senden kann jeder unter Berücksichtigung von ca. 20 Handlungsanweisungen und guten Tips.

Piratensenderei soll was zu tun haben mit: Lust, mit dem Teufel, mit Fantasie, mit der Methode: dann den Apparat angreifen, wenn er nicht da ist, und wenn der Apparat da ist, dann sind wir es nicht mehr! Im Zweifelsfalle ist es besser, Radio Schnullermund, das Bahlsenkekse gratis verteilt, wo Springer junior (isser nu tot oder was?) das Wort zum Sonntag spricht und Herr Bertelsmann die Nachrichten liest, zu besetzen, als nen eigenen Sender zu betreiben!

So, das war Nummer eins. Da wir aber unendlich viele sind mit dementsprechend vielen Meinungen, kommt jetzt Nummer zwei. „Was? " denkt ihr nun „nur zwei Piraten? Wir sehen nur zwei Stellungnahmen!" Naja. Ums genau zu sagen: wir sind 57 (siebenundfünfzig) Leute und Leutinnen.
Aber: 7 können nicht schreiben, deshalb senden sie. 16 haben im Gefecht eine Hand verloren, und mit dem klassischen Piratenhaken kann man zwar zuschlagen, aber nicht tippen. Statt dessen senden sie! 3 1/2 sind auf Urlaub in der Karibik, 21 sind auch zuhause faul, der Rest ist einverstanden!!

Zweitens

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,
Hallo Kinder, huhu
huhu, Sie dahinten, jaja, Sie da im Grünen Parka, vom Staatsschutz!

Die Diskussion zum Thema Radio läuft — wir wollen sie nicht an uns vorbeilaufen lassen, denn wir haben da ein paar ganz spezielle Ansichten zum Thema Radio.

Also: Piratensender finden wir toll, na klar. Darum wollen wir auch einer bleiben, subversiv unter schwarzer Totenkopfflagge segeln wir kreuz und quer durch die unfreie und Fransestadt Slumburg, und daß macht uns nen höllischen Spaß! In die mißliche Situation unserer ‚Kollegen' vom NDR dagegen wollen wir niemals nie geraten: 8-Stundentag und immer schön brav sein... igitt, neee! Konkret: mit dem Staat haben wir nur eins im Sinn; nämlich kaputtmachen. Wir wollen gar nicht erst damit anfangen, um die Legalisierung unseres finsteren Treibens zu bitten, denn wir ahnen, was damit auf uns zukommt: Zensur von Oben, und auch die Schere im eigenen Kopf. Schnapp. Wir wollen nicht Radioredakteure mit Tarifgehalt und Rentenversicherung in einer Privatrundfunkanstalt werden, wir wollen unser Radio als Waffe benutzen. Und möglichst nicht nur wir, so ne kleine eingeweihte Elite, sondern für alle und durch alle! Wir brauchen eure Hilfe — uns allein fällt nicht genug wichtiges zum Senden ein. Wenn ihr uns was schickt, dann stehen wir allerdings auf der Matte, Antenne bei Fuß. Unser ehernes Prinzip: Gesendet wird, wenn was zum Senden da ist, und auf Regelmäßigkeit legen wir nicht den geringsten Wert.



Ein paar Gedanken haben wir uns allerdings schon gemacht über das, was wir gern senden würden. Illegales liegt uns Piraten traditionell natürlich am meisten. Sachen, die ihren Verfassern Ärger mit Rabenvater Staat einbringen würden, wenn sie auf andere Art veröffentlicht würden. Zu unseren finstren Absichten würde es auch gut passen, Initiativen bei laufenden Aktio-

nen zu unterstützen. Schnell und Aktuell! Kleine inhaltliche Einschränkung: bitte keine ausufernden Selbstdarstellungen und/oder so, denn dafür eignen sich andere Medien besser, z.B. der ID, die TAZ oder die GROSSE FREIHEIT... und wir werden natürlich in unserer Piratenkajüte erstmal jede Cassette, die uns erreicht, diskutieren. Bei uns gilt der Grundsatz: Einstimmigkeit ist überflüssig, aber genug Piraten, um ne Sendung technisch auf die Beine zu stellen, müssen schon inhaltlich einverstanden sein mit der Sache, sonst ... Pech!

Wir wollen mit dem eingleisigen Medium Radio so offen sein wie nur möglich, aber wir sind es schließlich, die mit dem Sendekasten in der Landschaft herumstehen und einen Adrenalinschock nach dem nächsten bekommen, wenn Post und Bullen uns umkreisen. Das müßt ihr verstehen.

So. Die Nachricht von der Entstehung eines uns geneigten Freundeskreises, die auch zu unseren ungewaschenen Ohren vorgedrungen ist, begrüßen wir schärfstens. Sie hat unsere rabenschwarzen Herzchen mit großer Freude erfüllt, denn ein ‚legaler Arm' fehlte uns noch zu unserem Glück – oder vielleicht sollten wir uns lieber als bewaffneten Arm bezeichnen, der ohne öffentlichen Körper ziemlich hilflos in der Gegend herumfuchtelt.

Die Möglichkeit, unsere Ideen breit zu diskutieren und einige notwendige Aufgaben in der Öffentlichkeit zu erledigen, die hatten wir bis jetzt nicht – wir sind ja keine Kamikaze!

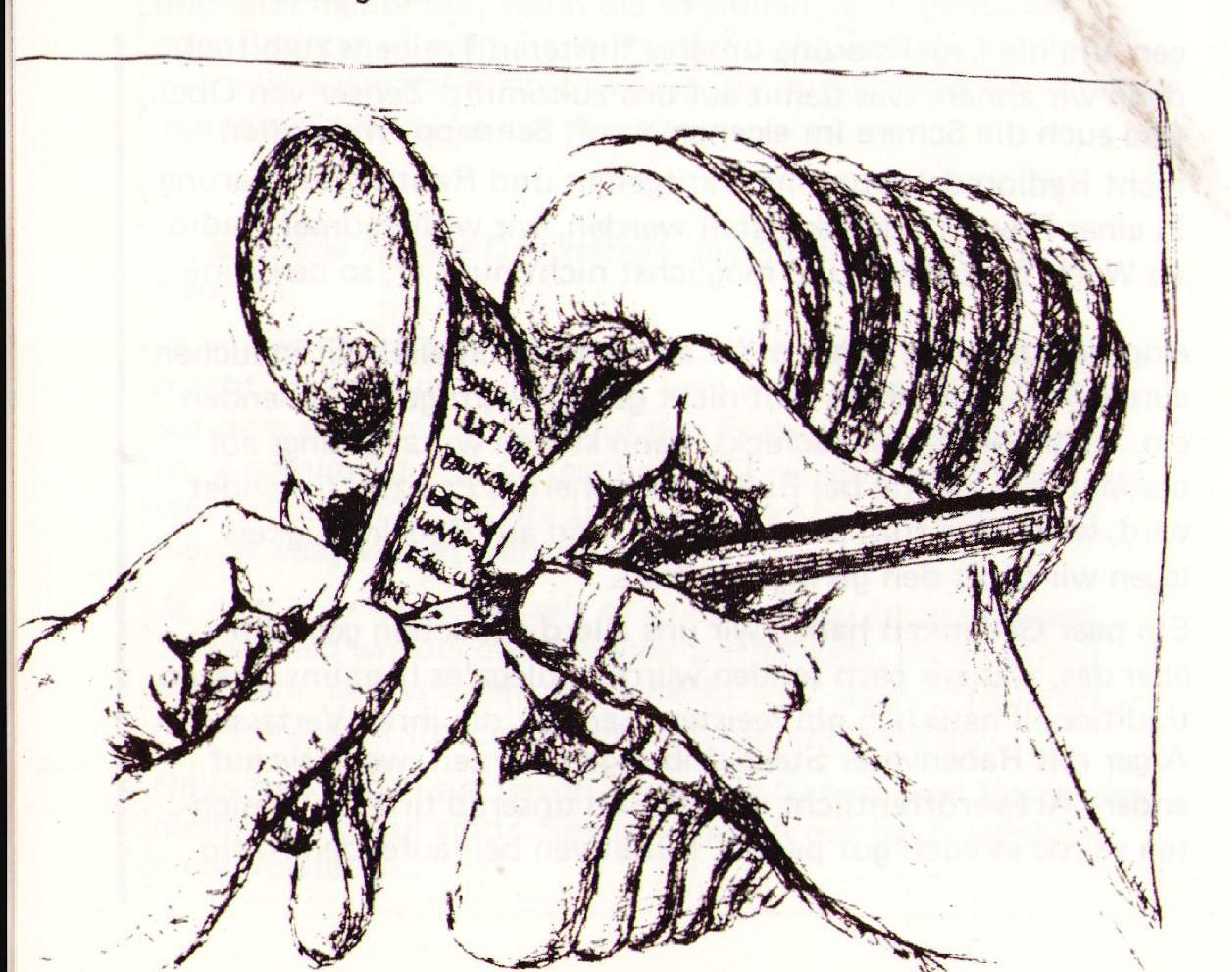
Was wir gern tun würden, aber nicht tun können und wo wir uns unbändig freuen würden, wenn ihr das übernehmt:

- Beziehungen zu Initiativen anknüpfen zwecks Casettenproduktion
- Nachrichten und Informationen sammeln, die in unser Lieblingsgebiet fallen: wenn schon illegal, denn auch richtig! Z. B. ob AKW-Teile im Hafen angelandet sind und auf Sabotage sehnsüchtig warten; Möglichkeiten, den VS oder ähnlich eklige Vereine kräftig zu ärgern; wir würden auch gern sowas wie die letzthin bekanntgewordenen Fälle von Betriebsbespitzelung noch bekannter machen, oder was ganz was nettes: Prominente nerven! Es ist doch schön, daß wir keinen Ärger mit presserechtlich Verantwortlichen kennen!
- Und außerdem wäre es fein, wenn ihr unsere Sendetermine bekanntgeben würdet. Immer nach dem Motto: UNREGELMÄSSIG , ABER UNMÄSSIG!!!!!

Wir warten nun begierig auf eure Antwort, ihr vom Freundeskreis, und auf die mehr oder minder empörten Stellungnahmen aller anderen Interessierten, und verbleiben mit 102 feuchten Küsschen.

Radio Radikalinski Hamburg

Kontakt: Freundeskreis des Piratensenders, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50



RADIO ZEBRA: DIE ERSTEN TÖNE

BREMEN 10. März Wie in Flugblättern und Plakaten angekündigt, ertönte in der vergangenen Woche alltäglich auf 104 MHz eine fünf – siebenminütige Probesendung von Radio Zebra in Bremen und Umgebung. Mit diesen Sendungen sollte zum einen die Qualität der verschiedenen Sendestandorte getestet werden und zum anderen ein Eindruck davon vermittelt werden, „wie sie sich die Sendungen vorstellen". Die Sendungen konnten gut empfangen werden, wenn auch mit unterschiedlicher Qualität. Zu den Sendungen im einzelnen:

Montag: Hier stellte sich das Radio-Kollektiv vor! Es wolle mit dem Radio dazu beitragen, die Isolation einzelner Menschen als auch politischer Gruppen helfen aufzuheben. „Wir wollen Verbindungen herstellen und gemeinsames Handeln ermöglichen: zwischen Bewohnern des Holter Feld und den Arbeitern von Mercedes, zwischen den Jugendlichen in Huchtig und Jugendlichen in Blockdiek, zwischen Menschen die politische Aktionen machen und die Menschen die davon erfahren sollen, zwischen Nachbarn und Nichtbarn!" Dies setze jedoch eine grosse Beteilung aller an dem Radio voraus. Jeder könne Texte schreiben oder gleich Casetten besprechen und diese and die Kontaktadresse schicken. Wichtig sei aber auch eine Unterstützung durch die ständige Bekanntgabe der Sendetermine auf Flugblättern und Plakaten. Dabei sollten selbstverständlich alle vermeiden, Detektive zu spielen, um herauszukriegen, wer denn nun hinter diesen Radiomachern stecke.

Weiter wolle dieses Radio nicht Vorreiter sein für Keks-Albrecht, Springer oder Bertelsmann mit ihrem Privatfunk. Dieser Sender sei weder staatlich gegängelt noch von kapitalistischen Profitinteressen geleitet. Die Spenden vieler Menschen in Bremen haben diesen Sender möglich gemacht. „Weder eine Partei, noch sonstwie festgelegte Gruppe hat den Daumen auf dem Sender. Nur in einem Punkt sind wir festgelegt. Nämlich darüber zu berichten, wie Probleme für Betroffene aussehen, und was uns und andere bewegt." Das Kollektiv wolle gegen die Parteilichkeit der öffentlich unrechten Sender oder künftiger Privatsender die Stimme der Bevölkerung setzen. „So wollen wir ein Meinungsmonopol durchbrechen, in welchem Gewand es auch erscheinen mag, ob privatkapitalistisch oder staatlich gegängelt."

Zum Schluß gabs dann noch Grüße an die anderen freien Radios: Radio Fledermaus, in der Hoffnung, das sie bald wieder senden können, Radio Ausgewogenheit in Hamburg, Radio Verte in Fessenheim, und Radio Jessika in Heidelberg. „Wir hoffen, daß noch viele solcher Radios entstehen." Eingerahmt war die Sendung von einem Lied von Tommi: „Ich habe vier Wände..."

Dienstag: Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen innerhalb der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen) um die Straßenschlacht im Ostertorviertel wegen der Sanierung allgemein und der Besetzung und Räumung des BBA-Ladens im besonderen.

„Schreckensbleich-- und mit hochrotem Kopf – flüstert mensch die Kunde in die Runde ----- in Schwachhausen: im Ostertor rast der Vandalismus! Weich werden die Knie, starke Bauchschmerzen setzen ein. Sind die gewerkschaftlich arbeitenden AKW-Gegner vor die brennende Frage gestellt: wie sag ichs meinem Kollegen? – Dann ein Lied von Biermann: Manche seh ich Fäuste ballen, in der tiefen Manteltasche, kalte Kippen auf den Lippen, und in den Herzen Asche!"

Die Frage der Betroffenheit einzelner Leute wurde auf die Hautnähe zur Sanierung abgestellt. Der Grad der Betroffenheit bringe dann auch unterschiedliche Aktionsformen hervor. Und jemand dem die Sanierung bisher egal war, hat zwangsläufig Schwierigkeiten, Aktionen wie der Molli bei der Sanierungsgesellschaft und eingeworfenen Scheiben in den Boutiquen ande-

ren Leuten zu erklären. Aber er müsse sich eben stärker damit auseinandersetzen.
Alles in allem eine Sendung über Schwierigkeiten innerhalb der BBA.

Mittwoch: Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Kurzer Abriß über die Bedeutung des Bohrprogramms. Und was dagegen unternommen wurde. Besonders hervorgehoben wurde die Aktion, wo trotz des 10 Tonnen schweren Steins auf dem Bohrloch, die Meßinstrumente geklaut wurden. „Aber auch anderswo geht der Widerstand weiter" – es wurde berichtet, daß in vielen Städten schon Baufahrzeuge beim Verlassen ihres Werks in Hamburg, Hannover, Celle, Syke usw. aufgehalten wurden. Ebenfalls erwähnt wurde der Brandanschlag auf das Zementwerk Dyckerhoff und Wittmann in Syke. Abschliessend gaben die Radiomenschen ihrer Hoffnung Ausdruck, häufiger von derartigen Aktionen berichten zu können.
Zum Schluß noch ein kurzer Bericht vom letzten Trebeler Treffen. Musik: Moßmann, Lebensvogel, Scherben: alles verändert sich. . . !

Donnerstag: Frauenzentrum und Frauenbewegung. Geschichte des Bremer Frauenzentrums. Neue Adresse und neue Termine. Im Laufe der Sendung wurde die Bedeutung des Frauenzentrums für die Frauenbewegung und die Frauen überhaupt hervorgehoben.
„Ob die alten neuen Wünsche und Ziele der Frauenbewegung ein Zentrum für viele Frauen zu sein, verwirklicht werden können, ich meine jedoch, trotz zeitweiser Stagnationen, daß ein Frauenzentrum unabhängig von Parteien und anderen Organisationen notwendig ist. Die Möglichkeit der Mitarbeit in einer Frauengruppe oder ein Treffpunkt nur für Frauen ist für jede Frau in unserer Gesellschaft und nicht nur dort wichtig. Das große Interesse, daß dem neuen Frauenzentrum entgegen gebracht wird, zeigt ebenfalls die Notwendigkeit." „Die Hälfte des Himmels für uns!"

Freitag: Nochmal Selbstdarstellung des Zebra-Kollektiv. „Wir wollen den Menschen Gehör verschaffen, deren Meinung bisher ignoriert oder unterdrückt wurden. Nicht die „objektiven" Sachverhalte sollen bei Radio Zebra im Vordergrund stehen, sondern deren Hintergründe, nämlich Menschen, die sich wehren. (...) Nicht die bloße Darstellung des Jammertals BRD ist unser Ziel, wir wollen verbreiten, wie dagegen gekämpft wird, und welche Erfahrungen Menschen dabei machen."
„Unfrei ist Radio Zebra in der Hinsicht, wie wir mit Menschen in Kontakt treten können. Die Art und Weise wird von denen diktiert, die unsere Tätigkeit für illegal erklären und Gesetze in der Hand haben um ihr Meinungsmonopol zu schützen. Mit den schleimigen Spekulanten und kreisefressenden Wölfen, die Privatsender fordern wie Keks-Albrecht und Axel Springer, haben wir nichts gemein. Die wollen das große Geld machen, indem sie den sinnlosen Konsum anheizen und dem Meinungsmonopol noch ein verdummendes Instrument hinzufügen."
Durch verdeckte Arbeitsweise sei die demokratische Kontrolle des Senders erschwert. Das Kollektiv wolle sich jedoch bemühen alles so durchsichtig wies geht zu machen und alles zu senden.

Eine Perspektive aus diesem Dilemma wurde dann auch noch angeboten: Freundeskreis Radio Zebra. Nach dem Flugblatt soll dieser Freundeskreis die inhaltliche Gestaltung der Sendungen übernehmen. Dieser Freundeskreis ist öffentlich. Treffen: Mo. 17.3.80 um 20.00 BBA-Laden.
Nächster Sendetermin: Mittwoch 19.3.80 um 18.45 h auf 104 MHz, UKW.
Kontakt: *übers INFO c/o Buchladen, Sielwall 7, 28 Bremen 1.*

B 8: Spaziergang gegen Straßenbau

Bei Königstein/Kelkheim soll eine vierspurige Straße Richtung Feldberg gebaut werden, der rund 30 000 Bäume geopfert werden sollen. Um diese Straße zu verhindern, wurde im Mai 79, das jetzt zehn monate bestehende Naturdorf auf dem Damm im Liederbachtal errichtet.

Da man sich aber ein noch viel besseres Bild machen kann, wenn man die geplante Strecke der Straße entlangläuft, rufen die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Glashütten, die Bürgerinitiative Umwelt schutz Königstein und viele andere zu einem Spaziergang auf. Zuvor und zwischendrin gibts Informationen von Forstleuten und anderen Umweltschützern aus dem Gebiet.

Alle Leute, die auf die geplante Rennbahn zum Feldberg verzichten möchten sind aufgerufen, ihren Sonntagsausflug auf Samstag zu verlegen und sich am 15. März um 11 Uhr an der Billtalhöhe (2 km hinter Königstein auf der alten B 8 Richtung Limburg) oder am Naturfreundehaus Königstein einzufinden.

Kontakt: BI Umweltschutz c/o Eva Grotz, Wiesbadener Str. 32, 6240 Königstein/Ts

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte):	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte):	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

FÜNF MONATE BLÖDSINN SIND GENUG

Eine Zwischenbilanz im Prozeß gegen Brigitte Heinrich



Im folgenden gibt sich der INFORMATIONSDIENST FÜR UNWICHTIGE NACHRICHTEN, kurz: ID, die Ehre, einen von der TAZ-Inlandsredaktion e i n s t i m m i g abgelehnten Artikel zu veröffentlichen. Dieser enthält nach telefonischer Auskunft eines Berliner Zentralredakteurs für die TAZ „nichts neues", für den ID mithin Grund genug, diesen informationslosen, schlichtweg ungeilen Artikel auf seine Leser loszulassen.

Im für die TAZ vorgesehenen Kommentar heißt es: „Der Skandal und die Verhaftung Peter Egloffs im Prozeß gegen Brigitte Heinrich beim Karlsruher Landgericht — zuletzt vom SPIEGEL als törichte Maßnahme von ‚Provinzrichtern' zurechtgebogen — war zwei Monate lang von den bürgerlichen Medien totgeschwiegen worden."

Nach Lage der Dinge muß die TAZ aufpassen, daß sie nicht zum quasi-bürgerlichen Medium wird, oder — schlimmer für die TAZ — zur zentralpolitischen Provinz, zur Wiese.

R.M.

Am 5.März verhandelte das Karlsruher Oberprovinzgericht wieder im Prozeß gegen Brigitte Heinrich. Mit der Verlesung der Aussage von Roberto Mander, die dieser am 19.2.1980 in Rom — als Zeuge der Anklage — gemacht hatte, hat das Gericht sein direktes Beweismaterial erschöpft. Roberto Mander hat jegliche Beteiligung an dem ihm und Brigitte Heinrich gemeinsam zur Last gelegten Waffentransport von der Schweiz in die BRD Ende 1973/Anfang 1974 bestritten und erklärt, er habe Brigitte im Mai 1973 in Frankfurt kennengelernt und sie seitdem nie wieder gesehen.

Was die Staatsanwaltschaft im Laufe von sage und schreibe 5 Monaten an „Belastungsmaterial" zusammengekratzt hat, ist von peinlicher Armseligkeit. Sämtliche direkt gehörten Zeugen — sowohl Peter Egloff und Roberto Mander zum Vorwurf des Waffenschmuggels, als auch die der RAF zugerechneten Zeugen zum Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung — haben Brigitte restlos entlastet. Und alle waren als Zeugen der Anklage geladen!

Dagegen steht allein die ohnehin nur indirekt, aus dritter Hand, in den Prozeß eingeführte Aussage von Urs Städeli, die unter obskuren Umständen zustandegekommen war: zusammen mit Städeli wurde 1975 dessen im 8.Monat schwangere Freundin verhaftet. Zunächst verweigerte Städeli jede Aussage. Als er 14 Tage später dann doch aussagte, und dabei unter anderem Brigitte belastete, kam, o Wunder, seine Freundin aus dem Knast frei.

Gegen Städelis Aussage stehen die von van Arb, der bei der Vernehmung 1975 Brigitte auf einem ihm vorgelegten Foto nicht erkannte, und die von Peter Egloff, der am 19.November in Karlsruhe erklärt hatte, Brigitte hätte mit dem Waffentransport nichts zu tun gehabt, was ihm die Verhaftung wegen „Verdachts der uneidlichen Falschaussage" und 3 Monate U-Haft einbrachte. Dies war nicht bloß die Tat eines unbedarften Staatsanwalts, als die sie vor allem der Spiegel herausgestellt hat. So blöd konnte nicht einmal der Oberstaatsanwalt Ens sein, daß er nicht gesehen hätte, wie mit Egloffs Aussage sein ganzes dürftiges Konstrukt von Anklage zusammenzubrechen drohte. Daß es zu einem Prozeß gegen Egloff nicht kommen wird, dessen kann man sicher sein. Schließlich scheint der Zweck der Veranstaltung: daß Egloffs Aussage öffentlich ins Zwielicht der Lüge gerückt ist, schon erfüllt, wie man in sämtlichen Berichten der bürgerlichen Presse über die „Affaire Egloff" nachlesen kann. Und ein Prozeß gegen Egloff könnte nur publik machen, was bis jetzt überall geflissentlich verschwiegen wird: daß er überhaupt nicht falsch ausgesagt hat.

Was der Staatsanwaltschaft nach ihrem Bankrottt mit dem direkten Tatbeweis bleibt, ist die Erstellung eines Bildes der „Täterpersönlichkeit", ein schwieriges und widerliches Verfahren, das sich nicht scheut, auch privateste, mit den Anklagepunkten überhaupt nicht in Verbindung stehende Briefe und Äußerungen Brigittes auszuschlachten.

Die ersten Beweisanträge, die die Verteidigung am 5.März gestellt hat, haben deutlich gemacht, worum es der Anklage — letztlich steckt dahinter die Bundesanwaltschaft — bei dem ganzen Spektakel geht. Brigitte ist wegen der Aktivitäten gegen das Schah-Regime über Jahre politisch verfolgt worden, ohne daß das jetzt noch beim Namen genannt wird. Jetzt soll ihr der Prozeß gemacht werden, um die jahrelange Bespitzelung und Verfolgung durch das BKA zu legitimieren. Das gaze abstruse Gewirr der Anklageschrift dient hierbei nur als Vorwand.

Rechtsanwalt Heldmann verlas als erstes Beweismaterial der Verteidigung die Zusammenfassung eines 1976 bei der Besetzung der iranischen Botschaft in Genf durch persische Studenten „gefundenen" Geheimberichts des SAVAK, der offenbar von der Schweizer Polizei bestens informiert worden war. Darin wird ellenlang und mit peinlicher Genauigkeit über Aktivitäten gegen den Schah berichtet, an denen laut Bericht auch Brigitte sowie Egloff und Städeli beteiligt waren. Der SAVAK und die Schweizer Polizeibehörden,die offensichtlich über sämtliche Bewegungen Egloffs, Städelis und Brigittes unterrichtet waren, erwähnte mit keinem Wort die angebliche Beteiligung Brigittes an dem Waffentransport in die BRD, von dem im übrigen durchaus die Rede ist.

Merkwürdig, daß dieser Punkt jetzt an den Haaren herbeigezogen werden muß, während Brigittes Aktivitäten gegen den Schah in der Schweiz beharrlich totgeschwiegen werden, in einer Zeit, wo es politisch natürlich nicht mehr opportun ist, die gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Bundesrepublik und denen des Schahregimes an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Die Verteidigung stellte weiter den Antrag, zu den im SAVAK-Bericht aufgeführten Aktivitäten Brigittes den Zeugen Mehdi Teherani, der mittlerweile in den Iran zurückgekehrt ist, zu vernehmen. Zwei weitere vom Gericht geladene Schweizer Zeugen haben es inzwischen abgelehnt, in Karlsruhe auszusagen. Brigitte Heinrich und die Verteidigung wollen jetzt beantragen, sie im Niemandsland zu vernehmen, da in der Schweiz weiterhin Haftbefehle gegen Brigitte bestehen. Da auch Teherani nach den Erfahrungen, die Peter Egloff mit diesem Karlsruher Gericht machen mußte, wenig Neigung verspüren wird, zur Aussage in die BRD zu kommen, wünschen wir dem Gericht eine angenehme Reise nach Persien.

Im übrigen gibt es auf den Schwachsinn, den uns ein solches Gericht da seit Monaten zumutet, nur eine Antwort: SOFORTIGER FREISPRUCH!

Sozialistische Hochschulinitiative Frankfurt

Die nächsten Prozeßtermine: 14./21./31.3./1.4.80. Spenden auf das Prozeßkonto: Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse 1822, Kto. Nr.: 336 812 43.

Kontakt: über den Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Frankfurt, Tel.: 0611/77 75 75.

GEFANGENER IM HUNGERSTREIK WEGEN SCHULVERBOT

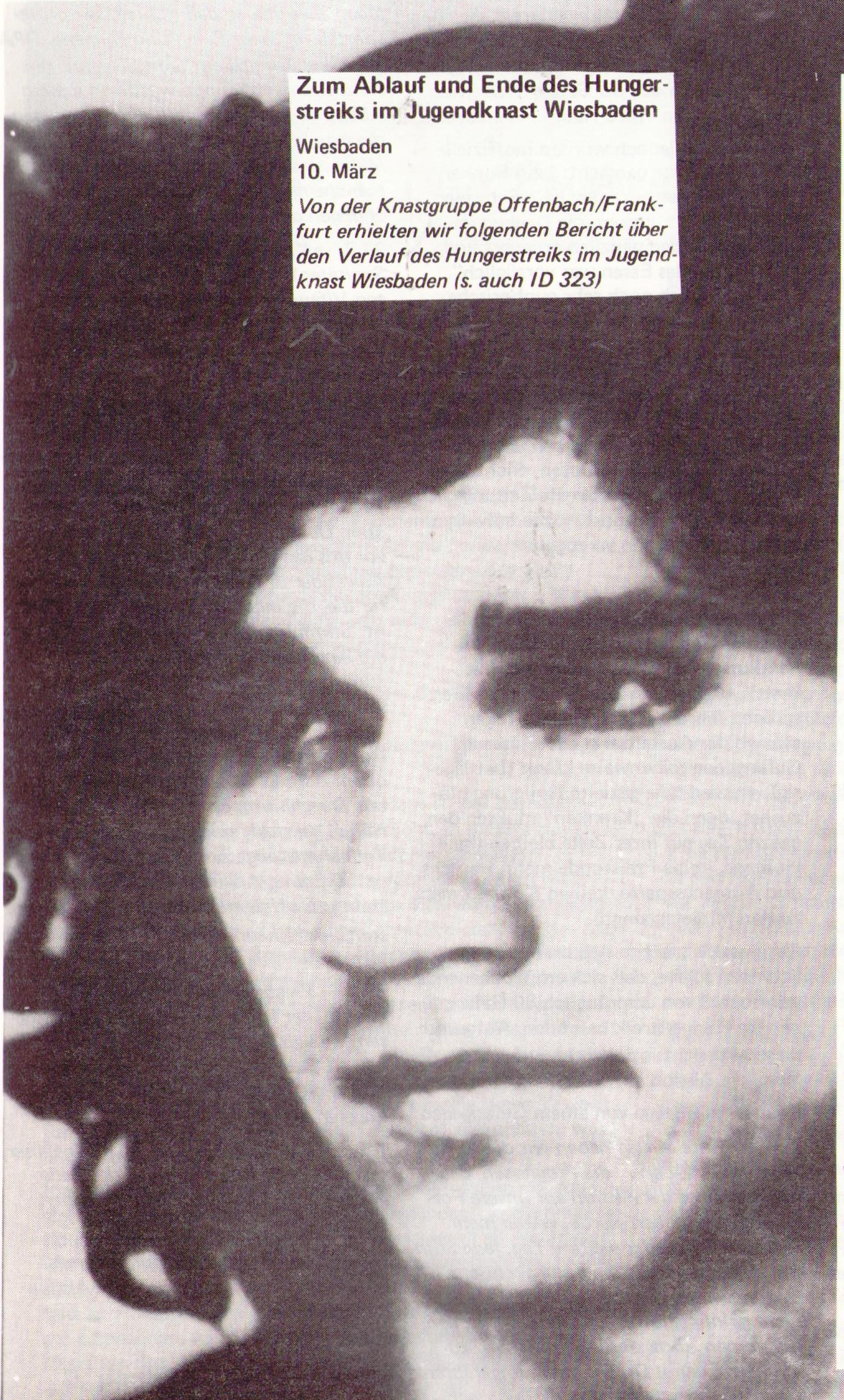
SIEGBURG 10. März Dietmar Hartmann ist Häftling im Knast Siegburg. Im ID 322 druckten wir seine Erfahrungen mit dem Jugendknast ab. Seit dem 4. März befindet sich Dietmar in einem Hungerstreik. Der Grund seines Hungerstreiks ist folgender: Dietmar wurde wegen seiner politischen Gesinnung vom Besuch der Hauptschulklasse 2, die im Knast stattfindet, vom Unterricht ausgeschlossen. Lehrer Göritz, der im Deutschunterricht vom Zweiten Weltkrieg schwärmt und Kritikern seiner Anschauungen rät: "Gehen Sie doch in die DDR oder in die Sowjetunion", ist Hauptinitiator des Schulausschlusses von Dietmar.

Der Beschluß der Lehrerkonferenz lautete dann auch: "Die politische Gesinnung des Schülers Dietmar Hartmann ist nicht gemeinschaftsfördernd. Er wird deshalb vom Unterricht ausgeschlossen."

Dietmar protestierte gegen diesen Beschluß der Lehrerkonferenz, der von der Anstaltsleitung gebilligt wurde, mit einem unbefristeten Hungerstreik.

Mittlerweile befindet sich Dietmar im "Bunker". Protestbriefe gegen den Ausschluß Dietmar Hartmanns vom Schulunterricht können an den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Siegburg, Luisenstr. 90, 5200 Siegburg, geschrieben werden.

Dietmars Anschrift lautet: Dietmar Hartmann, Luisenstr. 90, 5200 Siegburg.



Zum Ablauf und Ende des Hungerstreiks im Jugendknast Wiesbaden

Wiesbaden
10. März

Von der Knastgruppe Offenbach/Frankfurt erhielten wir folgenden Bericht über den Verlauf des Hungerstreiks im Jugendknast Wiesbaden (s. auch ID 323)

Versuch „draußen" Öffentlichkeit herzustellen

Wir versuchten, über diesen Hungerstreik zunächst eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen, was uns teilweise auch gelang; - jedoch waren wir über deren Inhalte sehr unzufrieden.

In den bürgerlichen Medien wurden die Hintergründe und Ursachen fast ausschließlich auf die Überbelegung, das schlechte Essen und die mangelden Ausbildungsmöglichkeiten reduziert. Vom Justizministerium wurden die Anschuldigungen der Gefangenen gleichzeitig als falsch dargestellt: *„Die Anstaltskost sei in der letzten Woche etwas unglücklich zusammengestellt gewesen – die Anstalt sei mit 267 Gefangenen erstmals voll ausgelastet – Die Gefangenen nehmen die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten nicht wahr, da sie durch Akkordarbeit ein über 40 % höheres Einkommen erzielen können."* Gegen diese verleumderische und reduzierte Berichterstattung kamen wir nicht mehr an.

Die politischen Forderungen der Gefangenen, die das System des Knastes „ISOLATION" (d.h. von Briefzensur bis Bunker) angreifen, wurden somit unterschlagen. Wie wir später erfuhren, hatte das Justizministerium sofort eine Nachrichtensperre erlassen.

Mit welchen Mitteln in der Presse gezielte Falschmeldungen, Denunziationen und Verleumdungen teilweise auch erpresst werden, wird an folgendem Geschehen sehr deutlich: Der „WIESBADENER KURIER" war die einzige bürgerliche Tageszeitung, die zu Beginn des Hungerstreikes einen einigermaßen ausführlichen und objektiven Bericht erstattete. In der JVA-Wiesbaden wird neben ADLER und PAPIERWERKEN auch für diese Zeitung Arbeit verrichtet. Aufgrund dieses einigermaßen guten Artikels stellte die Anstaltsleitung aus Prostest die Arbeit für den „Wiesbadener Kurier" ein. Resultat: Der Kurier brachte seitdem nur noch einseitig denunziatorische Meldungen -- die Arbeit im Knast wurde wieder aufgenommen.

Dem Justizministerium wurde sehr bald klar, daß wir uns auf dessen Spielchen: „Für einen humanen Strafvollzug,- Möchte-gern-Resozialisierung, aber Vater Staat hat ja so wenig Geld" nicht einlassen, sondern im Gegenteil versuchen, deren Politik anzugreifen. Denn für uns bedeutet Strafvollzug mit und ohne Hochsicherheitstrakte sowie Psychiatrie und Formen der Wohnbaupolitik...... gezielte Zerstörung von Gemeinschaft und Gruppenzusammenhänge (s. dazu Kasten der Knastgruppe).

Daraufhin wurde gegen uns eine Hetze gestartet. Den Gefangenen wurde erzählt, daß wir bei der ersten Kundgebung vor dem Knast vier Kinder verletzt hätten. In der Presse wurde die Behauptung aufgestellt, daß der Hungerstreik von außen gesteuert sei. Letztlich heißt das, daß den Gefangenen jedes eigenständige Denken und Handeln abgesprochen wird. Dadurch, daß einige Gefangene und wir als linksextrem bezeichnet wurden, sollte ein Keil zwischen den hungerstreikenden Gefangenen getrieben werden; und auch zwischen den Gefangenen und uns. Das Feindbild „Linksextrem" sollte die Funktion haben, die politischen Forderungen der Gefangenen zu isolieren, um den Hungerstreik zu entpolitisieren:

- MITSPRACHERECHT. Eine Entscheidung über eine Strafe (Freizeitsperre, Einzelhaft) darf und soll nicht von Hilfskräften und Beamten, deren pädagogische Ausbildung ohnehin auf der untersten Stufe steht, abhängen. Wir fordern Mitspracherecht bei Konferenzen mit Verteidigern der Rechtspflege.
- STRAFMASSNAHMEN. Wir fordern die Abschaffung von Einzelhaft und die Herabsetzung der willkürlichen Freizeitsperren. Zwangsmaßnahmen destruktiver Art stehen dem Vollzugsziel entgegen.
- FREISTUNDE. Wir fordern freie Entscheidung darüber, was wir während der Freistunde tun.
- KORRESPONDENZ. Wir fordern freie Entscheidung über unsere Korrespondenz. Die Überprüfung durch die Justiz stellen eine Anmaßung dar für alle Außenstehenden.
- Wir fordern für alle Gruppierungen der Ausländer spezifische GESPRÄCHSGRUPPEN, die von Sozialarbeitern der verschiedenen Sprachen durchgeführt werden sollen. Die derzeit bestehenden Gruppen reichen in keiner Weise aus. Viele Ausländer sind ohne Betreuung, und von seiten der Anstalt wird nichts unternommen, um dies zu ändern.
- Wir fordern den UNEINGESCHRÄNKTEN EMPFANG VON ZEITUNGEN UND BÜCHERN. Politische Zeitungen und Bücher sollen nicht wie bisher in permanenter Zensur den Gefangenen vorenthalten werden. Um den ausländischen Gefangenen einen geregelten Empfang zu ermöglichen, müssen die bürokratischen Anforderungen abgeschafft werden.
- Wir fordern die Abschaffung von Sicherheitstrakten, die Solidarität aller Einsitzenden, sowie die Unterstützung durch den ASTA und den DGB. Die Freie Presse, Funk und Fernsehen werden aufgefordert, sich der Aktion „Alternative" anzunehmen.

Geschehnisse im Jugendknast während des Hungerstreiks

Zu Beginn des Hungerstreiks reagierten die Beamten äußerst aggressiv auf die Gefangenen. Erst als vom Justizministerium die Anweisung kam, „die ganze Sache gelassen zu handhaben", wurden die Gefangenen nicht mehr so offen schikaniert. Dennoch wurden sie von den Beamten in der Form ständig eingeschüchtert, daß man ihnen erzählte, der Hungerstreik sei eine illegale Aktion, und einige Leute könnten mit einer Anzeige wegen Meuterei rechnen. Man war auf der Suche nach „vier Rädelsführern" (pro Haus ein Anstifter).

Gleichzeitig jedoch wurden inoffizielle Zugeständnisse gemacht: kein Bunker, Mohamedaner bekamen kein Schweinefleisch mehr zu essen, die Decken im Bunker wurden gänzlich erneuert und vor allem „das Essen war vorzüglich". Die anfänglich noch sehr euphorische Stimmung unter den Gefangenen schlug jedoch ins Gegenteil um, als sich die Enttäuschung über die Berichterstattung der öffentlichen Presse immer breiter machte, denn ÖFFENTLICHKEIT war die einzige Hoffnung der Gefangenen. Den Hungerstreikenden wurde verboten, Richtigstellungen oder sonstiges an die Zeitungen zu schicken. Anwaltspost wurde bewußt um z.B. 1 1/2 Wochen verzögert.

Die Anstaltsleitung ging auf die Forderung der Gefangenen, gemeinsam Verhandlungen zu führen, nicht ein. Mit ihnen „könne man keine sachlichen Gespräche führen". Nach einigen Tagen schrieb der Anstaltsarzt Dr. Gläser die Gefangenen reihenweise krank (bettlägerig), was auf eine gezielte Isolierung hinauslief, denn die „Kranken" mußten den ganzen Tag auf ihrer Zelle bleiben (kein Hofgang, keine Freistunde mehr, Besuchs- und Ausgangssperre, keinen Kontakt mehr zu den Mitgefangenen).

Resignation machte sich breit, was letztlich dazu führte, daß sich am Wochenende nur noch 8 von ursprünglich 80 Gefangenen im Hungerstreik befanden. Aufgrund dieser Aussichtslosigkeit beschloß auch der Rest, die Aktion abzubrechen.

Dazu Briefauszüge von einem Gefangenen:

2.3.80 *Heute Mittag haben wir die Aktion abgebrochen, denn die Prognosen, daß man während der Aktion auf unsere Forderungen eingehen würde, waren mehr als miserabel. Jeder weitere Tag, jede Stunde wäre eine physische und psychische Qual gewesen, die sich im Endeffekt nicht gelohnt hötte. Ich werde versuchen, jetzt einen Abriß der letzten Woche zu schildern, damit Du Dir einen ungefähren Überblick verschaffen kannst, was war.*

25.2. – *Stimmung sehr gut. Alle waren optimistisch. In der Verwaltung die absolute Hektik. Zirka 80 Teilnehmer, davon hatten 56 Anliegen rausgegeben. Normaler Vollzugsablauf.*

26.2. – *Der Tag war ohne Repressalien gelaufen. Die Grünen lachten uns und wir sie aus. Resonanz der Presse, Funk und Fernsehen war irre. Demo war gut für uns. Teilnehmerzahl erhöhte sich an diesem Tag noch. Der Mist begann damit, daß die Presse die Anstaltsleitung zu Rate zog. Diese dementierten, wo es nur ging, logen alles um, so daß es hieß, wir protestierten für mehr Essen und Hygiene. DPA-Meldung war absolut Schwachsinn. Die erste Gesprachsgruppe wurde an diesem Abend abgeschmettert. Grüne liefen ständig rum, drohten, suchten Katalog und Material; wir haben nur gegrinst, aber manche nahmen sich die leeren Versprechungen der Grünen zu Herzen.*

27.2. – *Keine größeren Vorkommnisse. Sanitäter hat meine Bitte, allen Beteiligten Vitamine zu geben, rundweg abgelehnt. „ADLER" produziert nur halbe Kraft. Ca. 60 Teilnehmer, die ersten hatten Angst gekriegt.*

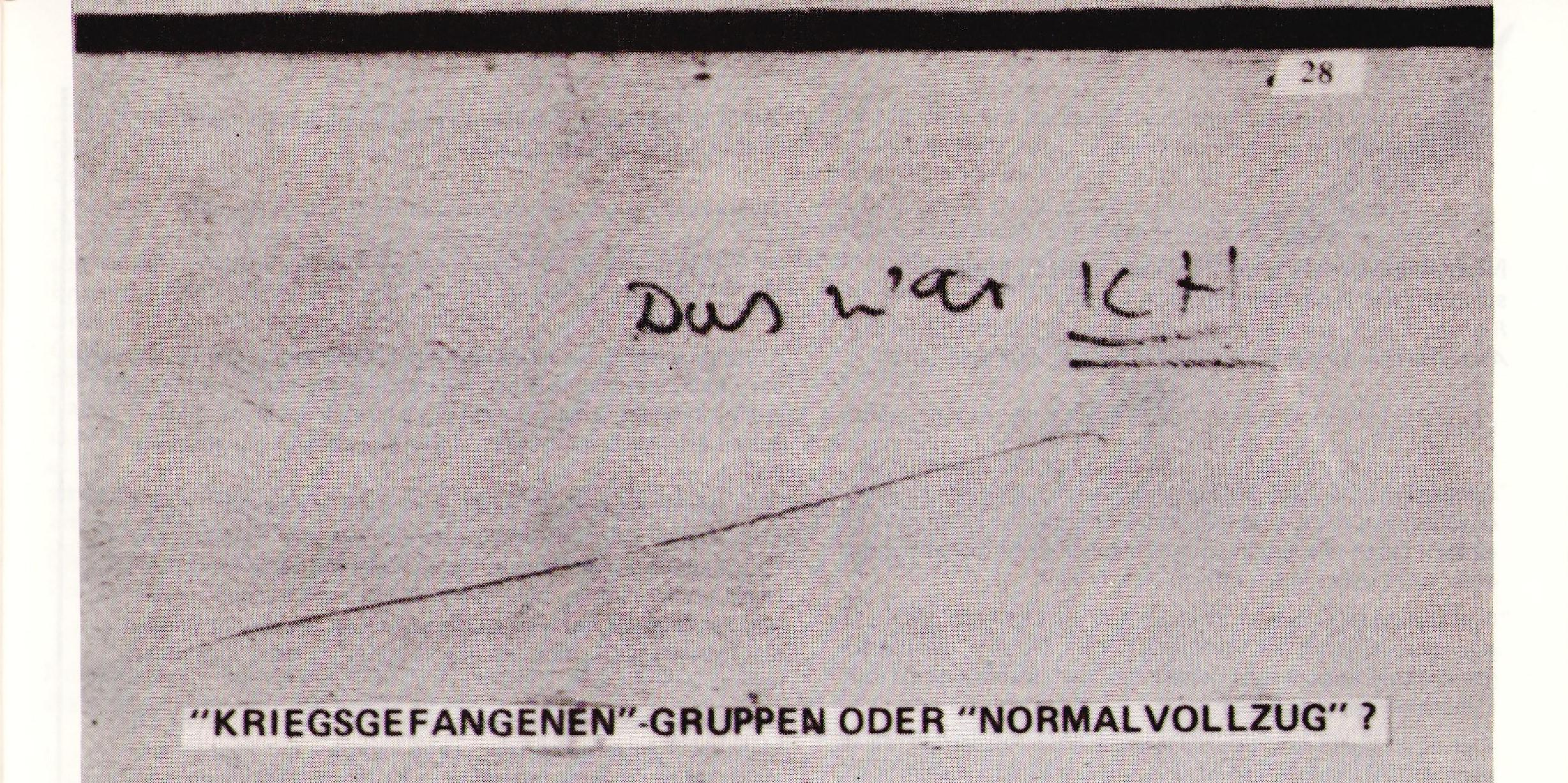
28.2. – *Es gab kein heißes Wasser mehr, dann das „sei" nur zum Spülen des benutzten Geschirres. Man fängt an, uns den Tag schwer zu machen, – den härtesten Tag, denn der Hunger war am schlimmsten. Überall sind Spitzel. Man versucht, vor uns das Solidaritätsbekunden der Ausländer in Frage zu stellen. Psycho für die, die nicht genau wissen, was Plan ist. Stimmung schlägt langsam um, denn die Angst und Resignation haben die Jungs ziemlich demoralisiert. „Es herrschen die Hundehetzer und ihre Gehilfen. Vier Leute machten einen 24stündigen Durstwarnstreik, einer hatte ihn konsequent durchgehalten, ein anderer hat totale Durchblutungsstörungen und blaue Hände gekriegt, einer hat den Gilb. Viele Teilnehmer abgesprungen, trotzdem noch ca. 50 Leute. Anliegen auf Vitamine: „Es steht uns offen, die Vitamine aus der Anstaltskost einzunehmen." – Daß ich nicht lache.*

29.2. – *Presse hat uns zerrissen. Man meinte, der Hungerstreik sei keiner gewesen, weil zu viele Beteiligte „gependelt" hätten. Das war wohl ein schlechter Witz, aber die Öffentlichkeit steht noch hinter unserer Aktion.*

1.3. – *Stimmung mies, ca. 16 Teilnehmer, fast alle 24 Stunden lang auf der Zelle, alles schwach, weil wir nicht gependelt hatten.*

2.3. – *Noch 8 Leute im Hungerstreik. Am Morgen beschlossen wir, die Aktion zu beenden.*

Kontakt: Ilka Wieland, Kaiserstr. 32
605 Offenbach



"KRIEGSGEFANGENEN"-GRUPPEN ODER "NORMALVOLLZUG"?

STRAUBING/HANNOVER
DÜSSELDORF
4. März

Wie die Gefangenen aus der Stadtguerilla sich „am Besten" einsperren lassen sollen — ob in Kriegsgefangenengruppen nach der Genfer Konvention oder wie alle anderen Knackis im „Normal"vollzug — darüber tobt eine makabere Debatte (siehe ID 309, 312, 319).
In den folgenden Beiträgen wird versucht, den Grabenkrieg ein Stück weiter aufzulösen: Norbert Kröcher gegen Unterstellungen, er versage den Gefangenen der RAF die Solidarität; aus den Knästen Hannover und Straubing berichten Jens Stuhlmann und Rolf Heißler über Schwierigkeiten mit dem „Normal"vollzug, die, weiß der Teufel von wem, jedenfalls nicht von den Gefangenen verursacht werden ....

Ich war mit einem Gefangenen aus der RAF im „Normal"vollzug

Von einem Hannoveraner Gefangenen kommt ein Bericht zur Diskussion (ID 312)

(...) Bis vor einigen Tagen war ich im Haus III der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hannover untergebracht. In diesem Haus liegt auch — zwecks „Integration in den Normalvollzug" — Ronald Augustin. Daß eine solche Integration faktisch nicht existiert, ist klar, da dem durch gezielte Maßnahmen entgegengewirkt wird. Abgesehen von einer „Kontaktliste", auf der nach wie vor jeder Kontakt Ronalds zu anderen Gefangenen festgehalten wird, ist die Praxis auch die, daß z.B. ein extra dafür eingesetzter Beamter ständig kontrollierend und beobachtend hinterherläuft (so stand er z.B. bei gemeinsamen Gesprächen dann vor meiner oder Ronalds Zelle, um für andere Gefangene zu demonstrieren, daß eine Überwachung stattfindet). Natürlich ist klar , daß versucht wird, eine Antipathie gegen Ronald (und z.T. auch gegen die, die mit ihm reden) aufzubauen, was leider eben auch gelingt.

Vor einigen Tagen wurde ich nun — auf Anordnung des Anstaltsleiters Bauer und aus „Sicherheitsgründen" in ein anderes Haus verlegt. Begründet wurde dies in meinem Fall damit, daß wir versucht hätten, die Herausgabe einer Knastzeitung zu initiieren und durchzuführen. Außerdem sei mein häufiger Kontakt zu Ronald ohnehin verdächtig (!) und wir hätten über einiges gesprochen, was Sicherheitsaspekte berühren würde. Gestützt werden diese Verlautbarungen und Maßnahmen auf die Aussagen eines Informanten (Gefangenen), der „sich über verschiedenes geäußert habe, was ihm zu Ohren gekommen sei" (? !?). Also auf die Aussagen eines Spitzels, der vielleicht darauf angesetzt war, Dinge herauszufinden, von denen man meint, daß sie existieren und wichtig sind. So wurde mir auch vom hiesigen Sicherheitsdienstleiter anläßlich eines Gespräches gesagt, es gebe da Dinge, über die wir (Ronald und ich) gesprochen hätten, die „verschiedene Leute sehr interessieren würden". Inzwischen wird man wohl gemerkt haben, daß die Offerte an den falschen Mann gerichtet war.

Die „Sicherheitsmaßnahmen" im Bezug auf meine Person sind verschärft worden (Postkontrolle zumindest teilweise durch den Sicherheitsdienstleiter, Verbot und Verhinderung der Kontaktaufnahme mit der Drohung, bei Nichtbeachtung müßten „weitere Maßnahmen" — Absonderung, totale Isolierung — erfolgen, Vollzugslockerungen sind im Hinblick auf „Sicherheitsaspekte" nicht unmöglich usw.). Gegenüber meinen ehemaligen Zellengenossen (2-Mann-Zelle) hat der Anstaltsleiter anläßlich eines Besuches am Abend meiner Verlegung geäußert, eine Rückverlegung in das Haus III sei ausgeschlossen, er gehe eher davon aus, daß ich in eine andere Anstalt verlegt (sprich abgeschoben) werde.

Es bleibt wohl festzuhalten:
Eine Wirkliche Integration von Gefangenen aus der RAF usw. in den Normalvollzug war natürlich nie gewollt und findet daher auch nicht statt. (...)
Jeder Ansatz zur Kollektivität — unbedingte Voraussetzung im Kampf gegen staatliche Repression — wird zerstört oder ist doch kaum möglich, so daß eine Änderung auch der Haftsituation nur bedingt möglich ist.

Was folgt daraus?
(...) Es muß versucht werden, die von Staat/Justiz geschaffenen Trennungen aufzuheben — Trennungen zwischen den verschiedenen Gruppen der Gefangenen, zwischen Ausländergruppen und anderen Gefangenen, zwischen Frauen und Männern usw.

Ich fordere daher alle, die dazu etwas sagen oder beitragen wollen auf, mir zu schreiben. Dabei gibt es keine Prioritäten, jeder Brief ist wichtig, ob es sich nun um Informationen aus andern Knästen oder um Zuschriften von außen handelt.

Kontaktadresse: Jens Stuhlmann, Postfach 5827, 3000 Hannover 1

PS.: Leute aus anderen Knästen, die Bücher oder ähnliches nötig haben, sollen mich das mal wissen lassen, vielleicht kann ich da das eine oder andere tun.



Nicht Heißler hat den „Normal"vollzug abgelehnt, sondern die Knastleitung isoliert ihn

Rainer Koch, der Anwalt des wegen angeblicher RAF-Aktivitäten inhaftierten Rolf Heißler, schreibt uns:

Liebe Leute

in dem Artikel von Peter Paul Zahl „Einige nötig gewordene Antworten" (ID 319) wird unter anderem auch Rolf Heißler erwähnt, was mich veranlaßt, einiges richtig zu stellen, was PPZ einfach falsch wiedergibt (wahrscheinlich nicht mal absichtlich, er ist wohl selbst falsch informiert worden).

PPZ behauptet in seinem Artikel, Rolf Heißler habe das ihm gemachte Angebot der Verlegung in den „Normal"vollzug abgelehnt und fordere statt dessen die Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen.

Richtig ist daran natürlich die letztgenannte Forderung, die ja auch voll zu unterstützen ist und auch im Einklang steht mit ärztlichen Gutachten, die teilweise bereits vor Jahren erstattet worden sind (Rasch etc.)

Falsch ist aber, daß Rolf wegen dieser Forderung seine Verlegung in eine andere Abteilung abgelehnt hätte.

Richtig ist lediglich, daß es einen Beschluß des Bundesgerichtshof-Ermittlungsrichters Kuhn gibt, in dem die strenge Trennung von anderen Gefangenen aufgehoben wird. Untersagt wird in diesem Beschluß jedoch ausdrücklich, daß Rolf mit den ebenfalls in der JVA Straubing befindlichen Gefangenen Knut Folkerts und Bernd Rössner zusammenkommen kann.

Darüberhinaus stellt noch die Anstaltsleitung (die hier auch was zu sagen hat, da Rolf im Moment Strafgefangener ist) noch die zusätzliche Forderung auf, daß er sich zuvor einer röntologischen und ärztlichen Untersuchung unterzieht.

Hierzu ist zu sagen, daß Rolf schon seit seiner früheren Haftzeit bis 1975 mit dem Anstaltsarzt Dr. Last im Clinch liegt, vor allem, weil dieser ihn damals unheimlich brutal zwangsernährt hat. Er verweigert daher die ärztliche Behandlung durch Dr. Last (der u.a. auch mal in einer wissenschaftlichen Arbeit die Behandlung von Gefangenen mit der von Mäusen verglichen hat!) und fordert die Untersuchung und Behandlung durch einen Arzt seines Vertrauens, was von der Anstaltsleitung abgelehnt wird und weswegen ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung läuft, der seit neun Monaten noch nicht entschieden ist!

Dies hat zur Folge, daß z.B. die schwere Schußverletzung, die Rolf bei seiner Verhaftung am 9. Juni 1979 in Frankfurt erlitten hat, nur äußerst unzureichend behandelt wird. Auf dem einen Auge ist er so gut wie blind und muß daher ständig eine Augenklappe tragen, weil sonst alles flimmert. Diese Augenklappe ist ihm aber auf Anweisung von Dr. Last weggenommen worden, ohne daß dieser ihn ein einziges Mal untersucht hätte! Jetzt muß sich Rolf mit zusammengebundenen Taschentüchern helfen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ihm auch noch weggenommen werden.

Die Folge ist also, daß Rolf Heißler seit 9 Monaten totalisoliert ist und dies nicht seine eigene Entscheidung ist, sondern wie ich geschildert habe, alleine auf das Verhalten der Anstaltsleitung zurückgeht.

Ich hoffe, daß damit einige Mißverständnisse klargestellt worden sind.

Kontaktadresse: Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611 / 49 03 92.

Knofo's Antwort auf Dellwo/Augustin/Jansen (ID 309)

Wo uns der Schuh drückt

„Isolieren, Entsolidarisieren, Eleminieren" (BKA-Herold)

(...) Niemand verlangt von euch als Voraussetzung für die Diskussion eine Revidierung eurer Standpunkte – gefordert sind eure Offenheit, Ehrlichkeit und Aufmerksamkeit.

(...) Eine wirkliche Auseinandersetzung kann ohne die Bereitschaft dazu nicht stattfinden. Ebensowenig, wie sich dabei kleiner und großer Knast voneinander trennen lassen; denn das sind zwei Seiten des gleichen Kampfes, sind Aktionsfelder der gleichen Politik.

„Die (Manne&icke) ham wohl zu kämpfen aufgehört", sagte Lutz neulich beim Besuch zu einer Schwester: Kritik an eurer Politik, an euren Methoden, ist nicht gleichzusetzen mit der Negation der Notwendigkeit des militanten Widerstands hier und heute überhaupt. Das ist die erste Lektion, die ihr endlich mal fressen müßt, damit wir überhaupt eine Ebene zum reden haben.

Und die zweite, nicht weniger wichtige, ist das, was ich bereits klarzumachen versucht habe: wenn ihr auf – mit zugegebenermaßen böser Polemik unterlegte – Kritik mit Diffamierungen (Ulrike...), offensichtlichen Lügen und Unterstellungen (die Sache mit Siggi Haags angeblicher öffentlicher Denunziation) und anderem überheblichen Dreck („Die ham wohl aufgehört zu kämpfen") antwortet, dann wird sich bald kaum noch jemand die Mühe machen, auf euch und eure Politik einzugehen, euch überhaupt noch als Rebellen mit zumindest in Ansätzen ähnlicher politischer Geschichte wahrzunehmen. So finster das wäre.

Ich hoffe, ihr habt die politischen Realitäten noch nicht völlig aus den Augen verloren: der größte Teil der aktiven Linken (an der auch ich reichlich auszusetzen habe – allerdings als Teil dieses Mysteriums und seiner Widersprüche, wie es übrigens auch in etlichen der „hochinhaltlichen April-Papiere" (K.H. Dellwo) von mir nachzulesen ist) weigert sich heute bereits konsequent, sich überhaupt auch nur noch mit DER Guerilla (von der ich kein Teil bin...) auseinanderzusetzen. Was primär nicht an den von euch unterstellten Attributen liegt („legalistisch", „opportunistisch" etc, etc.) sondern an eurer elitären Arroganz, an eurer strikten Ablehnung jeglicher Auseinandersetzung, und nicht zuletzt an der post-stalinistischen Art, Kritiker, auf der gleichen Seite der Barrikade stehende zumal, zu denunzieren, zu diffamieren.

Ihr schließt euch somit von der allgemeinen Diskussion über revolutionäre Militanz, über Gewalt schlechthin, über die Möglichkeiten neuer Interventionmethoden aus. Denn eine Diskussion über die Möglichkeiten immer notwendiger werdender Militanz im Widerstand, damit wenigstens noch 1 Baum, 1 Wiese und 1 gutes altes Wohnhaus übrig bleibt, findet sehr wohl in breiten Kreisen der linken und alternativen Scene statt. Nicht zuletzt die drohende Nuklearisierung hat mehr und mehr Augen für die Notwendigkeit des praktischen Widerstandes, der direkten Aktion, geöffnet.

Es ist – und ich glaube kaum, daß es sich dabei um einen meiner gefürchteten Wunschträume handelt – eine Diskussion neuer Qualität, und sie wird aus den Anfängen herauswachsen und eine neue Praxis zeugen, eine, die nicht dem Primat der Knarre gehorchen wird, sondern die gesamte Bandbreite möglicher **nicht alinierter Militanz, der wirklich emanzipatorischen direkten Aktion**, mit Lust und Mut und Witz und Phantasie, umfassen wird.

Zumindest Ansätze dafür gibt es bereits, darüber können auch die verlorengegangenen tausend kleinen Schlachten der jüngsten Zeit, oder die bescheuerten Hackereien zwischen „militanten" und „gewaltfreien", nicht hinwegtäuschen. So wie sich heute die Ursachen für den Widerstand multiplizieren, wird sich morgen der Wille dazu vertausendfachen. Ansätze für eine ähnliche Entwicklung sind in nicht wenigen europäischen Ländern mit einer der BRD vergleichbaren politischen Historie und/oder Gegenwart zu beobachten. Wobei die Parallelen teilweise verblüffend sind.
Natürlich müssen wir das real existierende militante Potential in der keimenden Bewegung neuer Qualität so betrachten, wie es z.Zt. noch ist: anteilmäßig winzig. Doch auch das frisch geschlüpfte Krokodil — kaum größer als ein Daumen — hat schon Zähne und kann beißen.

Die Zeichen stehen jedenfalls auf Sturm; in Zeiten scheinbarer Ruhe sind sie nur schwerer zu entdecken.

Ressentiments — Menschliche und politische, oder läßt sich das nachher gar nicht voneinander trennen?

(...) Der von scheinbaren oder wirklichen Sachzwängen fremdbestimmte Guerilla-Spezialist, dessen individuelle Emanzipation — allein oder im Kollektiv — elendig reduziert, eingeschränkt wenn nicht gar unmöglich geworden ist, ist weder das Hirngespinst solcher Cretins wie Knofo, um damit „gegen die Guerilla zu hetzen", noch eine lediglich mögliche Gefahr, mit der mensch im und durch den Kampf schon irgendwie umzugehen lernen würde — sondern er ist das stringente Produkt einer Politik, die sich fast ausschließlich am abstrakten taktischen Kalkül orientiert und die realen Bedürfnisse des kämpfenden Menschen hintenan stellt, der Taktik unterordnet und die wirkliche umfassende Emanzipation des Rebellen somit verhindert.

Und er ist traurige Realität. Nicht zuletzt das **in seiner Konsequenz** faschistische Menschenbild, das in einigen eurer Beiträge sichtbar wird, bestätigt diese These in geradezu bedrückender Deutlichkeit. Zum Glück brauche ich auf den üblen Chauvinismus, mit dem ihr weniger bewußte Zeitgenossen, „normale" Gefangene z.B. betrachtet, nicht mehr einzugehen. Das hat Einbrecher—Udo aus Bärlin-Tegel bereits mit der notwendigen Offenheit und Deutlichkeit getan (ID 321).

Eine Gefahr übrigens, die — was die Guerilla angeht — schon 71/72 in Ansätzen zu sehen war und schon damals den Kern der heute offensichtlich gewordenen Spaltung in sich trug. Weshalb sich nicht nur der Blues (Berliner Militanten-Szene / ID) vor knapp zehn Jahren weigerte, sich von der damaligen RAF rekrutieren zu lassen (es entstand bekanntermaßen die libertäre Alternative 2. Juni, deren Name mittlerweile auch schon von RAF-Ablegern mißbraucht wird), sondern woher auch die „Ressentiments", die du, Karl-Heinz, beklagst, ihren Ausgangspunkt haben. Selbige waren absehbar und sind heute in der Tat stärker den je. Und ich bin nicht der Meinung, sie weiterhin unter Ausschluß der Öffentlichkeit pflegen zu müssen. Versachlicht und damit zur Basis von Lernprozessen können sie nur werden, wenn ÖFFENTLICH darüber diskutiert wird. Von allen. Nicht wenigen Scheißhausgerüchten, echten Countermärchen und hundertfach umgedichteten Legenden könnte somit der Garaus gemacht werden. Angesichts der realen Stärke des Windes, der die Segel der Counterpropaganda bläht, kein unnützes Unterfangen...

Ebensowenig wie Stalin sind meine Ressentiments vom Himmel gefallen: eine durchgeknallte Politik, die es fertiggebracht hat, den Selbstzerstörungsprozeß, für den die MLN (Tupamaros) z.B. gut zehn Jahre brauchte, in weniger als drei Jahren durchzuziehen, ist einer der Gründe für meinen „heimlichen Groll" (wie Küppers Fremdwörterlexikon das Wort ‚Ressentiments' übersetzt), den ich zum öffentlichen befördert habe — auf z.B. euch, die ihr jahrelang jegliche öffentliche Diskussion über diesen Prozeß abgewürgt habt, teilweise (und immer noch) mit den hinterhältigsten bolschewistischen Methoden. Absolut drauf auf der Superdroge der politischen Macht. Objektiv habt ihr damit den umfassenden militanten Widerstand durch das dogmatische Gefeilsche um die „richtige Linie" (deren „Wahrheit" ihr allein besitzt), durch elitäres Avantgardedenken und nachgeraden Chauvinismus gegenüber anders- oder gar nicht Denkenden behindert, wenn nicht für eine nicht absehbare Zeit gar verhindert.

Ich gehöre zu denen, die sich behindert fühlen. Und nicht erst seit gestern oder 1976, denn die Basis für diese Kisten ist so alt wie der vorläufig letzte Versuch der bewaffneten Intervention in diesem Land. Und älter, wie gesagt, aber da war unser Aggregatzustand noch ein flüssiger.

Das wißt ihr alles.

Und das sind nur einige der Gründe, warum ich bis jetz noch nicht inhaltlich detailliert auf das eingegangen bin, was ihr konkret über Knast geschrieben habt.

Das Wichtigste dürfte gleichwohl klar geworden sein: entweder es findet eine offene & öffentliche Diskussion auf der Ebene von Gemeinsamkeiten statt (auch oder gerade weil selbige immer spärlicher zu werden scheint), oder es findet keine statt. Kritische Solidarität (die diesen oder jenen freundschaftlichen Tritt ans Schienenbein keineswegs ausschließt — im Gegenteil): JA bedingungslose Anscheißerei, Diffamierung, Denunziation: Kein Bock mehr. So einfach ist das.

Alle mal mitkurbeln

Als der ID die dreifache Replik der RAF auf meinen Artikel publizierte, geschah dies „mit der Hoffnung, daß damit die Diskusssion über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen wieder angekurbelt wird."
Mittlerweile gab es schon einige Beiträge, von Einbrecher-Udo aus Bärlin-Tegel, von PPZ.

Es ist angesichts der Entwicklung — Belegung des Hochsicherheitstraktes in Bärlin-Moabit, all die Dinger, die es bereits gibt, die im Bau sind (auch hier in Düsseldorf und wir haben große Chancen, Premierengäste zu werden) der das Leben der Frauen bedrohende Terror in Lübeck und und und — wichtiger denn je, daß so viele wie möglich mitkurbeln. Damit der so bitter benötigte Widerstand gegen die ganze Scheiße endlich Hand und Fuß bekommt — wozu ein mindest-Konsensus gehört.

Allerdings geht es keineswegs nur um die Haftbedingungen der politisch motivierten Gefangenen, sondern un den Knast überhaupt, um das für alle — alle - aktuelle Thema Repression und den Widerstand dagegen schlechthin. Es geht um einen der letzten Dino-saurier: den Anachronismus Strafjustiz. Und morgen kannst Du und DU und DU auch sogar wegen NICHTS außer deiner kohlrabenschwarzen Gesinnung oder irgendeinem an falscher Stelle gelassenen Furz sitzen. 358 Straf- und zig Nebengesetze stehen zur unfreien Auswahl, da ist für JEDE/N was dabei.

Der Knast ist für alle aktuell, die wirklich verändern wollen, den aufrechten Gang probieren wollen; für alle, die noch wollen und können, die ihre Nasen im Wind und nicht im Bananenbrei haben.
Daß der kleine Knast mit den sichtbaren Gittern und Mauern jedoch nur EIN — aber keineswegs abtrennbarer — Teil unserer Realität ist, weiß längst jede Oma und jeder Opa. Bei der Diskussion sollte das unbedingt weiterhin im Auge behalten werden.

„However, on the basics we must somehow agree or NOTHING will get done."
(George Jackson, Blood in my Eye)

Kontaktadresse: Norbert Kröcher, Ulmenstr. 95, Justizvollzugsanstalt, 4000 Düsseldorf.

Postvertriebsstück Nr. 325 **Nummer des Abos** **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

Gebühr bezahlt

D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

INHALTSVERZEICHNIS

AUS ALLER WELT

Manch einer ist ja heutzutage recht verwundert, daß der Tito noch lebt, obwohl er spätestens nach der Lektüre seiner zahlreichen verfrühten Nachrufe einen Schlaganfall oder mindestens Schlagfuß hätte bekommen müssen.

Uns wundert es nicht. Als wir vor drei Wochen auf seinem abgehackten Bein die Fußlinien eingehend studierten, kamen wir zu dem übereinstimmenden Urteil, daß es sich bei ihm um einen Zombie handelt, welchen man bekanntlich nur bei Vollmond mittels eines geweihten, sowie angespitzten Pfahls beikommen kann.

Nachdem Satellitenphotos russische Pioniere in Afghanistan beim Anspitzen von Nadelhölzern ausmachten, verhängte der amerikanische Präsident mit sofortiger Wirkung ein striktes Weihwasser-Embargo gegenüber den Ländern des real existierenden Sozialismus, sowie dem übrigen Warschauer Pack.

Im katholischen Polen soll es deshalb bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen amtlichen Stellen und auf Entzug gesetzten Weihwasserabhängigen gekommen sein. Beim Versuch, mit seinem Weihwassertankschiff in die polnischen Küstengewässer einzudringen, wurde ein unter vatikanischer Flagge schippender Woytila von russischen Kanonenbooten auf die dort zahlreich vorhandenen Klippen gedrängt. Jetzt droht der gesamten polnischen Ostseeküste eine Weihwasserpest von katastrophalen Ausmaßen.

Von Dublin, Belfast, Lourdes und Bockenheim-West sind bereits Pilgerzüge unterwegs zu den polnischen Gestaden.

Dem Boykottaufruf des amerikanischen Präsidenten gegen den traditionellen Ostergruß „Urbi et Orbi" haben sich inzwischen cirka dreißig Staaten, darunter etwa die Hälfte islamische Nationen, angeschlossen. Jimmi Carter erwägt einen Gegengruß zum Osterfest vom Balkon des weißen Hauses.

Die Bundesregierung ließ bezüglich einer Beteiligung an dem Grußboykott verlauten, eine endgültige Entscheidung werde erst nach der Reise von Helmut Schmidt nach Canossa Mitte Mai bekanntgegeben. Regierungssprecher Bölling: „Wir lassen uns von nichts und niemand auf die Knie zwingen."

Ja ja, the Kids are allright. Und das, obwohl der Wahlkampf bereits voll am beginnen ist. Selbst die Tierwelt beginnt in einen Wahltaumel zu fallen. Steht uns ein neuer Wildwechsel bevor? Oder bleibt alles beim Alten? Wir wissen es nicht. Eines steht jedoch schon im vorhinein fest: Am 31. ist Wüstenrothtag.